

**Das Abonnement**  
auf dies mit Ausnahme der  
Sontage täglich erscheinende  
Blatt beträgt vierteljährlich  
für die Stadt Posen 1 $\frac{1}{2}$  Thlr.,  
für ganz Preußen 1 Thlr.  
24 $\frac{1}{2}$  Sgr.  
**Bestellungen**  
nehmen alle Postanstalten des  
In- und Auslandes an.

# Posener Zeitung.

Zweihundriezigster Jahrgang.

Inserate  
1 $\frac{1}{2}$  Sgr. für die fünfgespaltenen Seiten oder deren Raum. Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an denselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

**Annoncen-Annahme-Bureaus** der Posener Zeitung sind: in Posen bei Hrn. Buchhändler Joseph Polowicz, Markt 74 und Hrn. Krupski (G. H. Ulrich & Co.), Breitestraße 14; in Gnesen bei Hrn. Theodor Spindler, Markt- und Friedrichstraße-Ecke Nr. 4; in Rogasen bei Herrn Buchhändler Jonas Alexander; in Schrimm bei Herrn Hermann Cassel; in Grätz bei Herrn Louis Kreisand und Herrn P. Kempner; in Bromberg E. S. Mittlersche Buchhandlung; in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg, Wien und Basel: Haafenstein & Vogler; in Berlin, München, St. Gallen: Rudolf Mosse; in Berlin: A. Reitmayr, Schloßplatz; H. Albrecht, Zeitungs-Annoncen-Expedition, Taubenstraße 34; in Breslau, Kassel, Leipzig, Bern und Stuttgart: Sachse & Co.; in Breslau: Emil Rabath; Jenke, Bial & Freytag; in Frankfurt a. M. G. L. Danke & Co.; Jäger'sche Buchhandlung.

## Amtliches.

Berlin, 20. September. Se. M. der König haben Allernächtig geruht: Dem Geh. Admirals-Rath z. D. Dr. Gaebler zu Berlin den Roten Adler-Orden III. Kl. mit der Schleife; dem Pfarrer Langheld zu Wilhelmshaven den Roten Adler-Orden IV. Kl.; ferner dem Forstmeister v. Wasmann zu Radeburg den Kronen-Orden IV. Kl.; ferner dem Reg.-Rath Wulsten bei der landwirthschaftlichen Abtheilung der Regierung zu Frankfurt a. O. und dem Reg.-Rath Schulze bei der General-Kommission zu Merseburg den Charakter als Geh. Reg.-Rath zu verleihen.

Der Kreisrichter Paßki zu Briesen W.-Pr. ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Goldberg und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Görlitz mit Anweisung seines Wohnsitzes in Haynau, ernannt worden; desgleichen die Gerichts-Assezzisten Dr. jur. Egger und Schmid in Frankfurt a. M. zu Advokaten im Departement des Appellationsgerichts daselbst mit Anweisung ihres Wohnsitzes in Frankfurt a. M. ernannt worden.

Der frühere Superintendent der Diözes Sangerhausen, jehige Pfarrer zu Ebdorf, Dr. Franz, ist zum Superintendenten der Diözes Barleben, Reg.-Bezirk Magdeburg, und den praktische Arzt, Wundarzt und Geburtsheiler, Sanitäts-Rath Dr. Hamberger zu Liegnitz zum Kreis-Wundarzt des Kreises Liegnitz ernannt worden.

## Die posener Mittelschule und die Frage der Simultanschule.

### I.

Michaelis vorigen Jahres hatte die posener Mittelschule die ersten zehn Jahre ihres Bestehens zurückgelegt. Dieser Umstand bestimmt den hochverdienten Vorsteher dieser Anstalt, Hrn. Rector Hielsscher, im diesjährigen Programm statt der Fortsetzung der Abhandlung über die Handwerksofortbildungsschulen in Preußen, die erste Abtheilung eines Aufsatzes über die Mittelschule und die Elementarschulen in Posen zu bringen. Diese Arbeit bietet, in einer beinahe klassisch zu nennenden Form, einen reichen Schatz von Thatsachen und Gedanken, für welche wir bei der weit überwiegenden Mehrzahl unserer Leser entgegenkommende, verständnisvolle Theilnahme erwarten dürfen. Wir werden uns jedoch keineswegs auf ein Referat beschränken, sondern überall, wo es uns fruchtbringend erscheint, eigene Beurteilungen anzuknüpfen.

Wenn es der Stadt Posen zu hoher Ehre gereicht, daß sie die erste gewesen ist, welche eine Mittelschule ins Leben gerufen und so eine Kluft zwischen den höheren Lehranstalten und der Elementarschule ausgefüllt hat, so dürfen wir dem Verfasser der Abhandlung den hervorragenden Anteil, welchen er an der Gestaltung dieser vielverherrschenden Neuföpfung gehabt hat, und die mehr als zehnjährige umfängliche, thakräftige und liebevolle Leitung, unter welcher die Anstalt das geworden ist, was wir jetzt mit hoher Befriedigung in ihr erblicken, zu nicht geringerer Ehre rechnen. In dem Gründungsjahe der Mittelschule hat Hr. Hielsscher in seiner Schrift über die Mittelschule eine seltene Fähigung gezeigt, der Zeit und den Verhältnissen abzulaufen, was sie fordern, den Bedürfnissen einen vielfach bis ins Einzelne bestimmten Ausdruck zu geben, aus nothwendigen Prinzipien heraus ein organisches Ganzes zu entwickeln und klar Gedachtes lichtvoll darzulegen. In späteren Abhandlungen dokumentirt er nicht minder, als in seiner Amtstätigkeit selbst, die Unbefangenheit und Bescheidenheit, ohne welche Niemand aus der Erfahrung lernen kann, das unermüdliche Streben, aus dem Guten ein noch Besseres erwachsen zu lassen, und die Gabe, entgegenstehenden Interessen ausgleichend nach Möglichkeit gerecht zu werden. Von all diesen bedeutenden Eigenschaften legt auch die jüngste Arbeit ein glänzendes Zeugniß ab. Zu dieser fehren wir nun zurück.

Die Mittelschule entspricht dem Bedürfnisse einer ebenso zahlreichen als ehrenwerten Classe der Bevölkerung, der des sogenannten niederen Bürgerstandes. Die diesem Stande angehörigen Eltern haben meistens nicht die Mittel, ihre Söhne durch Besuch einer höheren Lehranstalt für einen mehr oder minder gelehrteten Beruf vorbereiten zu lassen und ebenso wenig sind sie im Stande, ihre Töchter in eine höhere Töchterschule zu schicken und andererseits haben sie doch den verständigen Wunsch, ihre Kinder mehr lernen zu lassen, als die Elementarschule lehrt. Sie wollen ihren Söhnen eine Bildung geben, welche dieselben in den Stand setzt, dergestalt als kleine Kaufleute, Handwerker usw. dem Stande ihrer Eltern als denkende, unterrichtete und in jedem Sinne würdige Glieder anzugehören, sie wollen ihre Töchter fähig machen, ebenbürtige Gattinnen gebildeter Bürger zu werden. Ein wesentliches Erforderniß eines dazu führenden Schulunterrichtes ist aber, daß derselbe mit dem fünfzehnten Jahre abschließe, vor allem um der Knaben willen, deren der Vorbereitung für den einzelnen Beruf gewidmete Lehrzeit nicht sühlig später beginnen kann. Allen diesen Forderungen genügt die Mittelschule, indem sie in einem siebenklassigen Kursus, welchen die Schüler in der Regel in der Zeit vom 6. bis zum 15. Jahre durchmachen, ihnen Böglingen eine vollkommen abgeschlossene, ihrem künftigen Berufe und ihrer Lebensstellung entsprechende harmonische Schulbildung giebt. — Eine abgeschlossene Bildung; nichts ist also thörichter, als die Frage, für welche Classe einer höheren Lehranstalt die Mittelschule vorbereite. Gerade daß die Mittelschule sich beschränkt und bescheidet, heißt es S. 10, daß sie nicht etwas scheinen will, was sie nicht ist, — daß sie

ihren Schülern, die sonst nur eine Elementarschule besuchen würden, eine nicht unbeträchtliche weitere und tiefere Bildung giebt, als jene es vermag, ohne ihnen die Anspruchslosigkeit zu rauben und den Geschmack an der Arbeit in der Werkstatt zu verderben, daß sie die Anforderungen gewisser Klassenstufen anderer Schulanstalten in ihrem Schulunterricht zu berücksichtigen nicht nötig hat, das gerade ist es, was der Schule ihre Selbstständigkeit und ihren Charakter, was ihr bei dem Publikum, für dessen Jugend sie bestimmt ist, ihren Werth giebt." Diese ihre bescheidene, aus dem unmittelbarsten Bedürfnisse weiter Bevölkerungskreise geschöpfte Bestimmung ist die Urache, weshalb sie ihre volle Aufgabe an einer weit größeren Anzahl von Schülern erfüllt, als das beim Gymnasium und der Realschule erster Ordnung möglich ist. Bei ihr macht die weit überwiegende Mehrzahl der Böglinge den Kursus ganz durch, während dies bei jenen höheren Lehranstalten selten von mehr als einem Drittel der Schüler geschehen dürfte, eine Thatsache, welche zu ignoriren oder doch nur theoretisch zu würdigen nicht mehr lange möglich sein wird. Doch auf die Frage der unerlässlichen Umgestaltung des gesammten höheren Schulwesens einzugehen, ist hier nicht der Ort.

Wenn wir vorhin mit Herrn H. den abschließenden Charakter des Unterrichtes der Mittelschule hervorhoben, so war das nur von dem Unterrichte als dem Träger einer allgemeinen Vorbildung zu verstehen. Nach der anderen Seite dagegen, nach der Seite einer Fachvorbildung, läßt sie eine Fortsetzung und Erweiterung ihres Kursus gerade für ihre nächsten Schüler dringend wünschenswerth, ja unentbehrlich erscheinen. Unsere Leser sehen schon, daß wir auf die Gewerbeschule hinzuzeigen. Die Gewerbeschule geht, wie Hr. H. mit Nachdruck bekennt, gerade die Mittelschule voraus, sie fängt gerade da an, wo die Mittelschule aufhört, sie bietet also den strebhaften Söhnen strebsamer und dabei besser gestellter Eltern mit der Mittelschule zusammen gleichsam eine große, zweistufige Vorbereitungsschule für das höhere Gewerbe. Als Herr Hielsscher einst, im Jahre 1858, in seinem Buche über die Mittelschule nach Darlegung dieser nothwendigen Beziehungen zwischen beiden Schulen Gewerbeschule und Posen entbehren noch immer einer Provinzial-Gewerbeschule, und mit Zuversicht erwiederte: Nun so muß sie kommen! da ahnte er freilich nicht, daß er 1869 würde klagen müssen: Sie ist noch immer nicht da. Wenn er aber in der Lage ist, an der selben Stelle die vom polytechnischen Vereine ausgegangene Gründung einer Privatgewerbeschule rühmend zu erwähnen, so erblickt er in dieser nachahmungswerten That einsichtsvollen Gemeinsinn mit Recht eine sichere Gewähr für die nun nahe gerückte Erfüllung jener so gerechten Forderung unserer Provinz und unserer Stadt. Freilich wird, wenn wir nun eine Provinzialgewerbeschule erhalten, nach dem neuen Lehrplane für diese Anstalten, welcher höhere Forderungen an die aufzunehmenden Schüler stellt<sup>\*)</sup>, das Abgangszeugnis der Mittelschule, was sie jetzt ist, noch nicht zur Aufnahme in jene Lehranstalt berechtigen, aber dann bedarf es ja nur der Hinzufügung einer Selekt zu den Klassen der Mittelschule, um den Schülern derselben den unmittelbaren Übergang in die Gewerbeschule möglich zu machen.

Doch das sind spätere Sorgen. Näher liegt uns hier die Frage: Wie hat die Mittelschule die Hoffnungen erfüllt, mit welchen sie vor mehr als einem Jahrzehnt ins Leben gerufen wurde?

Wir können nur antworten: In der zufriedenstellendsten und erfreulichsten Weise. Freilich ist sie nicht das geworden, was man von einer Seite bei ihrer Gründung im Auge hatte, eine deutsch-polnische Doppelanstalt, auch nicht das, was von einer andern Seite vorgeschlagen wurde, eine Anstalt von sechs Klassen, aber nur 4 aufsteigenden Stufen, indem die 2 untersten Stufen von getrennten deutschen und polnischen Parallelketten gebildet werden sollten; aber, was besser war, sie wurde das, als was sie am meisten den wirklichen Bedürfnissen entsprach, und sie wurde es, weil man sie eben etwas werden ließ, statt sie nach einer vorgefaßten Meinung zu etwas machen zu wollen. Dieser Schule wurde das seltene Glück zu Theil, daß ihr Zeit und Raum zu einer eigenartigen, aus den Bedürfnissen des thatsächlichen vorhandenen Schülermaterials heraus sich bestimmende Entwicklung gegönnt wurde, vor allem, wie Herr H. hervorhebt, durch das Verdienst zweier Männer, des verstorbenen Stadtraths Dähne und des Herrn Geh. Reg.-Raths Dr. Mehring.

## Deutschland.

△ Berlin, 20. Sept. Es bestätigt sich, daß der Kronprinz auf Wunsch des Königs an den Feierlichkeiten zur Gründung des Suezkanals theilnehmen wird. Derselbe wird sich mit einem ansehnlichen Gefolge an den Bestimmungsort begeben und zwar wird ein Geschwader der norddeutschen Bundesmarine ihn dahin begleiten. Die zur Expedition in die ostasiatischen Gewässer bestimmte „Hertha“ ist aussersehen, den Kronprinzen aufzunehmen und diesem Schiffe werden sich wahrscheinlich noch die „Altona“ und die „Grille“ anschließen. — Bekanntlich wurde der Grundstein des

auf dem Königsplatz hier selbst zu errichtenden Denkmals im Jahre 1865 gelegt und war das Denkmal ursprünglich bestimmt zur Erinnerung an die Thaten des preußischen Heeres im Feldzug von 1864 zu dienen. In Folge der Ereignisse von 1866 wurde jedoch durch eine kgl. Kabinetsordre die Bestimmung des Denkmals erweitert und eine neue Anordnung in Betreff des Denkmals selber getroffen. Für die in Aussicht genommenen grösseren Dimensionen derselben ist aber der jetzige Grundstein nicht ausreichend und wird dieser also durch einen grösseren ersetzt werden. Bei dieser Gelegenheit wird auch der in dem Grundstein enthaltenen Urkunde, welche nur auf den ursprünglichen Zweck des Denkmals Bezug hat, noch eine weitere mit Rücksicht auf die Ereignisse von 1866 hinzugefügt werden. — Die dem Handelsministerium eingesandten Berichte der Handelskammern über den Verkehr in Industrie und Handel während des verflossenen Jahres stimmen darin überein, daß in Folge der steten Besorgniß vor Störungen des Friedens die Geschäfte sehr darnieder gelegen haben. Auch wird es an einigen Stellen betont, daß die Aufhebung der Schuldhaft nicht ohne Einfluß auf den Verkehr gewesen ist, da hierin die Veranlassung gelegen habe, daß die Bewilligung von Krediten sehr eingeschränkt wurde und deshalb diejenigen Geschäfte, welche sonst mit vielen kleinen Leuten arbeiten, an Umsfang verloren. Als Mittel, welches einigermaßen Abhilfe schaffen könnte, wird eine zeitgemäße Umgestaltung der Konkurrenzordnung bezeichnet. — Trotz der allgemeinen Geschäftsstille erlit der bergmännische Betrieb, namentlich in den Kohlen- und Eisenbergwerken keine Abnahme, weil eine Verkürzung des Absatzes nicht eintrat. Dasselbe gilt zum großen Theil auch von den Hüttenwerken. — Die mit dem 1. Juli v. J. eingetretene Zollermäßigung für fremde rohleinene Garne von 2 Thlr. auf  $\frac{1}{2}$  Thlr. und der gebleichten Garne von 3 Thlr. auf  $1\frac{1}{2}$  Thlr. pro Zentner hat auf die inländische Fabrikation aller Leinengattungen einen günstigen Einfluß ausgeübt, den inländischen Spinnereien aber keinen Schaden zugefügt. Die Handelskammerberichte enthalten eine Menge Wünche und Bitten, auf Änderungen in der Eisenbahnliquidation und auf postalische Einrichtungen beziehen. In letzter Beziehung wird wiederholt eine Herabsetzung der Gebühren für Postanweisungen, rekommandirte Briefe und Pakete als wünschenswerth bezeichnet, bei welcher Gelegenheit auch von einigen Seiten der Vorschlag gemacht wird, Einrichtungen zu treffen, daß man Wechsel bis zum Betrage von 50 Thlr. durch die Postämter einkassiren lassen könne, wobei selbstverständlich von einer Verbindlichkeit dieser zur rechtzeitigen Präsentation oder zur Erhebung von Protesten abstrahirt werden soll.

○ Berlin, 19. Sept. Das an dieser Stelle gemeldete Eintreffen der Königinnen von Sachsen und Schweden zu mehr tägigem Besuch der Königin-Wittwe auf Schloß Sanssouci ist gestern Abend zur Thatsache geworden und es herrscht an dem kgl. resp. dem kronprinzipiellen Hofe zu Potsdam ein reges Leben. — Der König begiebt sich nach seiner Rückkehr von Mecklenburg direkt nach Baden-Baden wo am letzten Tage dieses Monats, wie seit Jahren, die Feier des Geburtstages der Königin-Augusta begangen wird. Zu diesem Tage wird auch der Fürst Karl von Rumänien nach Baden kommen, um der Königin seine Glückwünsche zu bringen und beiden Majestäten seinen Besuch abzustatten, ob der Fürst nach seinem früheren Plane auch hierher kommen wird, scheint zweifelhaft. — Die gesammte offizielle Presse behandelt die Präsidenschaftsfrage im Herrenhause, eine Angelegenheit von doch durchaus untergeordneter Bedeutung, wie eine Haupt- und Staats-Aktion. Dieselben Blätter, die sich jetzt so ereifern, halten gemeldet, es sei unwahrscheinlich, daß Graf Eberhardt zu Stolberg-Wernigerode nach seiner Ernennung zum Oberpräsidenten von Schlesien die Wahl wieder annehmen könnte. Darauf war an dieser Stelle berichtet worden, daß hier wohnende Herrenhausmitglieder den ehemaligen Ministerpräsidenten v. Manteuffel für den Posten ins Auge gefaßt hätten, dieser aber nicht geneigt scheine die Wahl anzunehmen. Beide Thatsachen sind vollkommen begründet und aus dem Umstände schwerlich in Abrede zu stellen, daß Graf Stolberg jetzt wieder entschlossen ist, die Wahl anzunehmen. — Wenn österreichische Blätter bemüht sind aus dem Umstande Kapital zu schlagen, daß Graf Beust von der Königin Augusta im Bade zur Tafel geladen worden, so ist — wie jeder, der hier mit den Verhältnissen bekannt weiß — darauf hinzudeuten, daß es sich hier lediglich um einen Alt der Coutoie handelt, da die hohe Frau sich von jeher von aller Politik fern gehalten hat. Hier ist der Vorgang daher auch in seiner Weise als außerordentliches Ereignis aufgefaßt worden. — Die Vorläufe zur Beseitung des Postens eines Generaldirektors der k. Museen sind dem Könige, wie wir bestimmt erfahren, im Mai d. J. gemacht worden, eine Entscheidung ist bis jetzt noch nicht erfolgt. Es sei hierbei bemerkt, daß das neulich dem k. Museum entwendete und wieder beschaffte Bild von einem unbekannten Meister florentinischer Schule aus dem 14. Jahrhundert herrührt.

— Der heutige „Staatsanzeiger“ enthält nachstehende allerhöchste Kabinetsordre:

Die kommandirenden Generale des 1. und 2. Armeekorps haben Mir die gute und freundliche Aufnahme, welche die zu den jetzt beendeten Herbst-

<sup>\*)</sup> Es wird, das Lateinische ausgenommen, die Reise für Sekunda gefordert. Der Kursus ist dreijährig und die Abiturienten erhalten die Berechtigung zum einjährigen Freiwilligendienst.

übungen versammelt gewesenen Truppen überall gefunden haben, gerühmt. Ich habe dies mit besonderem Wohlgefallen vernommen. Desgleichen hat der Empfang, welcher Ihr in den Provinzen Pommern und Preußen allzeitig bereitet worden ist, Meinem Herzen wahrhaft wohlgethan. Indem Ich dies gern und dankbar anerkenne, beauftrage Ich Sie, diese Meine Ordre zur Kenntniß der betreffenden Behörden und Einwohnerchaften zu bringen.

Elbing, den 18. September 1869.

Wilhelm.

An den Minister des Innern.

Zum Beweise, wie auch städtische höhere Lehranstalten in ihren äußeren Angelegenheiten vom Staate beaufsichtigt und reglementirt werden, kann auch eine Verfügung des Unterrichtsministers über die Zahlungsweise der Lehrergehälter an städtischen Gymnasien dienen. Der „Köln. Btg.“ wird nämlich geschrieben:

Der Minister hatte nämlich aus dem Berichte eines Provinzial-Schulkollegiums ersehen, daß die Gehälter an einem städtischen Gymnasium den Lehrern „monatlich und postnumerando“ gezahlt werden. Dieser Zahlungsmodus erscheint nun aber dem Minister „nicht angemessen“, und letzter bestimmt, daß die Gehälter der fest angestellten und in einem kollegialen Verhältnisse stehenden Lehrer „in vierteljährlichen Raten pränumerando“ gezahlt werden. Das Schulkollegium soll hierauf bei geeigneter Gelegenheit hinzuwirken.

An sämtliche Schulkollegien hat der Unterrichtsminister eine Verfügung erlassen, in welcher er das Verfahren, nach welchem die Schüler in den unter staatlicher Leitung oder Oberaufsicht stehenden Unterrichtsanstalten außer den in den Staats aufgeführten noch sonstige Schulungen (Beugnis, Prüfungs- u. Gebühren) zu leisten haben, für unstatthaft erklärt und Anweisung ertheilt, daß alle an und für sich für angemessen zu erachtende Hebungen von den Schülern in den Staats zum Anfange kommen.

Die Stellung der kirchlichen Behörden zu den Schullehrer-Seminarien speziell in der Provinz Schleswig-Holstein ist Gegenstand einer Ministerialverfügung vom 6. v. M. geworden. In der dortigen Provinz wurden nämlich bisher die Abgangsprüfungen an den Schullehrer-Seminarien von dem Bischof für Holstein resp. dem Generalsuperintendenten für Schleswig abgehalten. Nach Einrichtung des Provinzial-Schulkollegiums in Kiel ist die in Rede stehende Prüfung Sache dieser Behörde geworden. Der Unterrichtsminister hat jedoch bestimmt, daß, um das Konstitutum vor der „religiösen Ausbildung“ der zu entlassenden Kandidaten in Kenntniß zu erhalten, als Kommissarius derselben bei den Abgangsprüfungen, der Bischof resp. der Generalsuperintendent oder deren Stellvertreter Theil nehmen und bei Feststellung der Benüren für den Religionsunterricht mit dem die Prüfung leitenden Schulrat gleiches Stimmrecht haben. Außerdem wird, nach Analogie der in den alten Landen deshalb bestehenden Anordnungen, der Minister bei Anstellung von Seminardirektoren, ehe deren Ernennung bei dem Könige beantragt wird, dem Konstitutum Gelegenheit geben, „sich über Lehre und Bekennniß des Anzustellenden zu äußern.“ Ferner wird bei Einführung von religiösen Lehrbüchern in die Seminare das Gutachten des Konstitutums eingeholt werden. Endlich hat der Bischof für Holstein resp. der Generalsuperintendent für Schleswig „das Recht, die Schullehrerseminarien seines Sprengels hinsichtlich des Religionsunterrichts außerordentlich zu revidiren.“ Der Termin solcher Revisionen ist rechtzeitig dem Provinzial-Schulkollegium anzugeben, über den Bescheid aber unmittelbar an den Minister zu berichten.

B. K. B. Augenblicklich finden bei einigen Armeekorps, die ihre Männer hinter sich haben, die jährlichen Übungsreisen unter Leitung des betreffenden Chefs des Generalstabes statt, an welchen bekanntlich außer den dem letzteren untergebenen Generalstabsoffizieren verschiedene Stabs- und Subalternoffiziere Theil nehmen. Die Generalstabstreise der 11. Armeekorps ist, wie wir hören, nach Thüringen gerichtet; es wird dabei unter Anderem auch das Schlachtfeld von Jena einer Inspektion unterzogen werden. Die Übungsreise leitet der Chef des Generalstabes, Oberst Graf Waldersee, ein sehr kennzeichnender Offizier; derselbe war 1864 mit dem damaligen Oberst v. Blumenthal im Generalstab des Prinzen Friedrich Karl im dänischen Skagen, wo er dort ein Bataillon kommandierte. Diese Übungsreise sind sehr instruktiv, wenngleich sie nicht an jene Übungsreisen des großen Generalstabes heranreichen, welche der Chef des Generalstabes der Armee persönlich leitet, und die mehr den höheren strategischen Gesichtspunkt ins Auge fassen.

Graf Eberhard zu Stolberg-Wernigerode ist aus Veranlassung seiner Ernennung zum Oberpräsidenten der Provinz Schlesien aus dem Verwaltungsrath der Halle-Sorau-Guben-Eisenbahn ausgegliedert. Den Vorst. im Herrenhause wird derselbe, wie die „B. u. P. B.“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, falls er ihm, was nicht zweifelhaft ist, von neuem angebracht wird, nicht ablehnen.

B. K. B. Nachdem jetzt das Resultat aus allen Urwahlbezirken des 1. Wahlbezirkens in Betreff der Wahlmänner-Nachwahlen vorliegt, läßt sich über den Ausfall derselben etwas Definitives angeben. Übereinstimmend wird aus allen Wahlbezirken über die erstaunlich geringe Beteiligung der Wähler geklagt. Dieselbe war so gering, daß man als Durchschnittszahl für die Beteiligung der gesamten Urwähler des 1. Wahlbezirks nur 4 bis 5 Prozent angeben kann. In 8 Urwahlbezirken konnte gar keine Wahl zu Stande kommen, weil kein Urwähler erschienen war, in mehreren Urwahlbezirken war nur ein Wähler erschienen und so lauteten die fläglichen Berichte weiter, welche ein allerdings sehr trübes Zeichen von dem politischen Bewußtsein der Einwohner resp. der Urwähler des 1. Wahlbezirks der Residenz geben. In den Militärurwahlbezirken ist ebenfalls gar nicht gewählt worden. Von den 66 Wahlmännern, deren Nachwahl am 16. erfolgt ist, gehören nach einer genauen Ermittlung über die Parteistellung derselben 20 zur Fortschrittspartei, 22 zur nationalliberalen Partei und 24 zur konservativen Partei. Dies überraschende Resultat ist namentlich dadurch erzielt, daß von der Fortschrittspartei gerade die wenigsten Urwähler an der Wahl teilnahmen. Heute Abend werden Befreiungsversprechungen über die aufzustellenden Kandidaten der Fortschritts- und der konservativen Partei stattfinden.

Das „Märk. Kirchenbl.“ bezeichnet es als unwahr, daß die Dominikaner beim Magistrat einen Schadenerfaß von 3000 bez. 6000 Thalern beantragt hätten. Das katholische Organ bemerkt hierüber: „Die Dominikaner sind gar nicht Besitzer des Grundstückes, sondern der Waisenverein hat es erworben, nachdem er sein früheres Grundstück auf der Kaiserstraße verkauft und sich nicht entgegnet hat, daß daselbst eine neue Juden-Synagoge erbaut werden sollte. Es ist eine Anzeige wegen des Schadens gemacht worden, damit eine Magistrats-Kommission ihn abföhre. Diese hat es gethan und denselben auf 300 Thaler bestimmt.“ (Der katholische Waisenverein stand bereits in der Cholera-Zeit unter Friedrich Wilhelm III. und besitzt Korporations-Rechte.)

Mecklenburg ist außer Russland und der Türkei bekanntlich jetzt das einzige Land in ganz Europa, welches keine Repräsentativverfassung besitzt, und wo die Regierung kein Budget vorzulegen braucht. Zu welcher Verschwendung in unnützen Ausgaben dieser gänzliche Mangel einer ständischen Kontrolle führt, beweist am schlagendsten die Unmasse hoch besoldeter Beamten. Der „Köln. B.“ geht in dieser Beziehung aus dem Großherzogthum nachstehende Mittheilung zu:

Mecklenburg Schwerin mit ungefähr 550.000 Einwohnern hat 3 Oberhof- und Hofmarschälle mit einer Besoldung von 2—3000 Thlr. für jeden, 4 Minister- und Ministerialhände mit 4—6000 Thlr. Gehalt, ca. 1 Dutzend Ministerialräthe mit 2500 Thlr. Gehalt, 1 Kammerdirektor mit 3000 Thlr., 5 Kammerräthe mit 2500 Thlr., ferner im Justizfach 1 Appellationsgericht mit 1 Präsidenten und 5 Räthen zu 3500—2500 Thlr., 3 Appellationsgerichte oder Justizkanzleien mit 3 Direktoren zu 3000 und ca. 15 Räthen zu 2000 und 2500 Thlr. Gehalt, und so geht es in

allen Zweigen des Staatshaushaltes mit gleicher Verschwendungen fort. Sind doch z. B. von dem früheren Bundeskontingent von 4000 Mann noch 3 Generalleutnants, 3 Generalmajors und mindestens 20 Obersten, Oberstleutnants und Majors in Pension, von denen einige Generale sogar mit 4000 Thlr. in den Ruhestand versetzt wurden. Die Zahl der Kammerherren beläuft sich auf einige Dutzend. Bei solcher Verschwendungen im eigenen Staatshaushalt müssen jetzt, da die Beiträge zu den norddeutschen Bundeslasse noch dazu kommen, freilich die Abgaben und Steuern immer mehr sich steigern. Daß es auf diese Weise nicht allzu lange mehr fortgehen kann, und Mecklenburg entweder aus dem Norddeutschen Bunde wieder austreten und keine Beiträge zu der Bundeslasse zahlen, oder eine vernünftige Sparfamilie im eigenen Staatshaushalt einführen muß, ist die allgemeine Stimmung im Lande.

Königsberg, 20. September. Der „Pr. Litt. B.“ ist folgende Berichtigung zur Veröffentlichung zugegangen:

In Nr. 216 der „Pr. Litt. B.“ vom 16. d. befindet sich unter Königsberger Nachrichten ein Artikel, welcher bezüglich des am 13. d. M. Abends hier stattgehabten Unglücksfalls mehrere Unrichtigkeiten enthält und deshalb der Berichtigung bedarf. Es sind im Ganzen nicht 40, sondern 29 Leichen aus dem Wasser gezogen. Von den Getöteten sind leider noch 3 Personen verstorben, so daß die Gesamtzahl der Verstorbenen 32 beträgt. Vermisst wird bis jetzt Niemand, so daß angenommen werden muß, daß sämtliche Leichen aus dem Wasser gezogen worden sind. Anlangend die Brüche, wen eine Schuld an dem Unglück trifft, so wird dieselbe durch die eingeleitete gerichtliche Untersuchung ihre Erledigung finden. Das Polizeipräsidium kann dem Richterprache in dem Gewissen, Alles getan zu haben, was zur Verhütung eines Unglücks, wie das vorgekommen, dienen konnte, mit Ruhe entgegen. Königsberg, 17. September 1869. R. Polizeipräsidium. v. Pilgrim.

Wiesbaden, 17. Sept. Der „Rhein. Kur.“ bringt nachstehenden Briefwechsel zwischen den Herren Dr. Braun und Löwe-Calbe. Zum Verständnisse derselben sei daran erinnert, daß nach der Volksversammlung vom 5. September im Saalbau Schirmer, welche ein beklagenswertes Ende nahm, da Löwe von den Sozialdemokraten gehindert wurde zu sprechen, derselbe im Bürgerzaale zu dem eigentlichen Kern der Versammlung einige Worte sprach. Unter anderem sagte er: „Es würde mich gesreut haben, meinen Freunden in Berlin sagen zu können, aus den annexirten Provinzen kommen uns nicht blos Leute, die Karriere machen wollen.“ Dies hat Dr. Braun auf sich bezogen und sich veranlaßt gefühlt, an Löwe Calbe zu schreiben wie folgt:

Berlin, 8. September 1869. Sehr lieber Herr Kollege! So eden meldet man mir von Wiesbaden, Sie hätten dort vorgestern in dem Bürgervereine von Leuten aus den neuen Provinzen gesprochen, die nach Berlin kämen, um Karriere zu machen, im Gegenseite zu den Abgeordneten der Fortschrittspartei, welche aus den neuen Provinzen nach Berlin kämen, „um die Freiheit zu erkämpfen“ ic. Mein Korrespondent behauptet, Sie hätten mit erster Bezeichnung auf mich gebedet. Ich kann dies nicht glauben. Sie sind gleich mir nach Berlin gezogen und dort geblieben, was Sie vorher waren, Sie Arzt, ich Anwalt. Sie wissen, daß ich weder Karriere gemacht habe, noch darauf ausgegangen bin, sie zu machen. Sie wissen ferner, daß die Stadt Wiesbaden mich in das Abgeordnetenhaus gewählt hat, erst nachdem ich bereits nach Berlin übergesiedelt war; daß die Überfiederung an das neue Oberappellationsgericht in Berlin keinen derjenigen Anwälte oder Richter aus den neuen Provinzen verweigert worden ist, welche sich darum gemeldet haben, und daß mit dieser Stellung ein Einkommen aus Staatsmitteln nicht verbunden, sondern man auf die Errätsche der Provinz verwiesen ist, welche lediglich vom Vertrauen des Publikums abhängt, aber nicht von dem den Behörden. Alles das verhält sich ja beim Arzt grade so. Sie können daher eine solche Auflösung in Betreff meiner, so weit ich die Sache zu beurtheilen verstehe, nicht gemacht haben. Sie werden übrigens begreifen, daß ich um gefällige Auskunft darüber, ob Sie jene Auflösung in Bezug auf mich am 5. d. im Bürgervereine zu Wiesbaden gethan haben oder nicht. Mit kollegialer Hochachtung empfiehlt sich Ihr ergebenster Braun.

Die Antwort Löwe-Calbes an Dr. Braun lautet nun:

Berlin, den 13. September 1869. Sehr lieber Herr Kollege! Gestern von meiner Reise zurückgekehrt, finde ich Ihren Brief vom 8. und befeile mich, Ihnen die gewünschten Aufschlüsse über die von mir gehabte Auflösung zu geben. Ich habe in Wiesbaden in meinen Auflösungen weder einen Angriff auf Ihre Person gemacht, noch eine Anspielung auf Sie versucht. Mir liegt schon für gewöhnlich nichts ferner als die persönliche Polemik, besonders aber in der Form der boshaften Anspielung. Ich glaube deshalb sicher sein zu können, daß Sie sich nicht in Eifer der Redner willkürlich aufdrängt. In diesem Falle hatte ich aber den bestimmten Vorwurf, alles Derartige zu vermeiden. Ich habe nur „Volk“ und „Staat“ genauer gestellt und beklagt, daß Annäherungen und Verbindungen der Bevölkerungen der neuen Provinzen mit der der alten und besonders mit der von Berlin, auf die ich den Hauptakzent legte, nicht stattgefunden haben, daß aus den neuen Provinzen nur Anforderungen an den Staat gemacht werden, um Vortheile für Personen, Gemeinden, Kreise und Provinzen vom Gesamtstaate zu erhalten u. s. w. Wie weit ich darin Recht habe, darauf kommt ja bei der Frage zwischen uns nichts an. Ich habe aber dabei nicht einmal speziell Nassau, geschweige eine bestimmte Person im Auge gehabt, und bin der Meinung, daß meine Auflösungen, ohne Voreingenommenheit aufgefaßt, dieses Verständnis gar nicht haben verursachen können. Ich wiederhole also noch einmal, daß ich einen Angriff auf Sie nicht gemacht habe, und hoffe, daß Sie sich mit Rücksicht auf den längeren Verkehr unter uns von der inneren Unwahrscheinlichkeit eines solchen Angriffes überzeugen werden. Hochachtungsvoll und ergebenst W. Löwe.

Frankfurt, 19. Sept. Vorgestern ist, wie gemeldet, die erste Ausschreibung erfolgt. Der 16jährige Handlungsgeselle Busch, der nicht einmal Pseudo-Schweizer war, sondern nur aus dem preußischen Unterthanenverband ausgeschieden war, wurde von einem Gendarmen nach Offenbach geführt. Die Sache hat nun, wie der „Ztg.“ berichtet wird, einen komischen Beigeschmac erhalten. Der Ausgewiesene wurde nämlich bald nach seiner Ankunft in Offenbach von der hessischen Polizei befragt: wo er heimathberechtigt sei? und womit er seine Christen fristen wolle? Auf die Antwort, daß er in Frankfurt geboren, aber aus dem preußischen Unterthanenverband entlassen sei, zur Zeit aber noch einem anderen Staate angehöre; eine Lebensstellung in Offenbach aber nicht einnehmen, auch von allen Subsistenzmitteln entblößt sei, wurde ihm erklärt, daß er unter so bewandten Umständen in Offenbach nicht verbleiben könne; man werde ihn daher polizeilich über die Grenze, resp. nach Frankfurt zurückverbringen, weil nach einer Bestimmung des sogenannten Gothaer Vertrages der Heimathlose seinen Wohnort immer in seinem Geburtsorte habe. Was wird nun Hr. v. Madai mit dem vaterlosen Jungling anfangen?

E. Frankfurt a. M., 19. Sept. Sonderbar, wie Charaktere und Ruf nicht nur von einzelnen Persönlichkeiten, sondern von ganzen Parteien im Laufe der Jahre sich zu ändern vermögen. Bis zum Jahre 1866 war die nationale Partei unter dem Namen der „Gothaer“ als dogmatische Professorenpartei verschrien, obgleich die parteilose Geschichtsschreibung die Stiftung und Leitung des Nationalvereins bis zu den Tagen der entscheidenden Aktion als geistige Vorarbeit der großen Resultate von 1866 einst gerechter würdig dargestellt, als es es jetzt noch gemeinhin geschieht. Seitdem sich aber die nationale Partei nach dem Insolvenztreten des Nordbundes offen und entschieden in ihren politischen Arbeiten und ihrem Streben auf den realen Boden gestellt hat, sind die antinationalen Parteien völlig einem Doktrinarismus verfallen, der besonders in Süddeutschland die reiche Flora von — Strohblumen treibt. Der schwarze Doktrinarismus der Ultramontanen erfreut offen die Zurückführung mittelalterlicher Zustände in Kirche und Staat: seine Aussichten auf einen durchschlagenden Erfolg sind hoffnungslos; man kann aber nicht in Abrede stellen, daß er daneben noch über gewaltige Kräfte verfügt und dieselben ebenso Jesuitisch gewissenlos, als schlau verwerthet; der rothe Doktrinarismus dagegen wird täglich mehr zur pedantisch langweiligen Phantasterei. Einen neuen Beleg dazu liefern die zahlreichen Prophezeiungen aus dem neodemokratischen Lager in Hinblick auf Napoleons zu erwartenden Tod, die alle nach dem einen Rezept verfaßt sind: Schreiber tunkt die Feder ein, macht mit ein Paar revolutionären Federstrichen tabula rasa und

baut im Handumdrehen auf der schönen glatten Fläche das Kartchen seines „besten“ feinen Staats auf. Unvermeidliche Folge dieses Produktionsverfahrens ist die schablonenhafte Neinlichkeit aller durch dasselbe hervorgebrachten Produkte, und wenn ich daher einen der jüngsten dieser orakelhaften Artikel, der neulich unter der Überschrift „Die heilige Allianz in neuer Auflage“ in der „M. Abdzg.“ erschien und auch von hiesigen radikalen Blättern reproduziert ist, hier anführe, charakteristisch zugleich ganz allgemeine die Art, in welcher sich der süddeutsche Neodemokratismus an der vaterländischen und allgemeinen Politik beteiligt. Anknüpfend an die Nachricht von dem Besuch des württembergischen Ministers Barnbüler in Barzin und das Gericht bezüglich der Konferenz des Fürsten Hohenlohe mit dem Fürsten Gottschalk und Lord Clarendon in Heidelberg wird der Abschluß geheimer Verträge zwischen unserem Bundespräsidium und den einzelnen süddeutschen Regierungen bezüglich des Eintritts Süddeutschlands in den Nordbund, Verträge, die veröffentlicht werden sollen, sobald der französische Kaiser seine Augen auf immer geschlossen hat, als vollendete Thatachen vorausgesetzt; dann aber der Beweis, daß die „Blämärker“ die Rechnung ohne den Wirth gemacht haben, in folgender Weise zu führen versucht. Sofort nach Napoleons Tode bilden sich die französische, spanische und italienische Republik und verhindern, sei es schon durch die gewaltige moralische Wirkung ihrer bloßen Existenz, sei es durch ihre materiellen Mittel die Bollendung des Vorstiftsvertrages des ganzen Deutschlands. — Napoleon IV. gegen die Mainlinie, die Fortsetzung des Empire gegen die deutsche Kaiserkrone und als Garantie für beide das „herrliche Kriegsbeispiel“ ruhend auf der „allgemeinen Wehrpflicht“, das sei sein ausgelügt, bekenn der demokratische Heiliger zu, doch zugleich ruft er den „Volk mit seiner Donnerstimme zu, auf seiner Hut zu sein, indem er auf die Kriegsknechte hinweist, die im Begriff stehen, um seinen Stoff zu würfeln und — nachdem der Artikel geschrieben und gedruckt ist, wähnt er das Vaterland von seinem Standpunkt aus getreten zu haben; denn nun wird d. gewiß nichts geschehen. Möglicher sogar, daß sich die anderen Jünger aus der neodemokratischen Prophetenschule bereits den Einfluß an höchster Stelle in ihren resp. süddeutschen Vaterländern zuvertrauen, um Dementis, wie sie die Entschlüsse des Bulletin international betreffend des behaupteten Vollsangs des Eintritts Süddeutschlands in den Nordbund und dem Erfolg der heidelberger Reise des Fürsten Hohenlohe von Stuttgart und München aus zu Thesen geworden sind, mit erzwingen zu haben, wiewohl für die leitenden Minister in jenen beiden Ländern weit ernstere Gründe des Nichtwollens oder Nichtkönnens in Bezug auf die Einheitsfrage vorliegen möchten, als die Verunsicherung der Wünsche der radikalen Partei. Wenn diese Partei aber, obwohl sie bei den letzten Ergänzungswahlen in Baden wiederum völlig geschlagen ist, auch in diesem Lande noch in dem Traume eines irgend nennenswerten Einflusses sich wiegt, dann darf ihr allerdings ein nahe unangenehmes Erwachen zu der Wirklichkeit bevorstehen. Alles müßte täuschen, oder die Worte in einem längeren Artikel über „den Eintritt in den Norddeutschen Bund“ in Nr. 216 (14. d. Mts.) der „B. Ztg.“ Wenn Volk und Regierung in Baden heutzutage das bestimmte Anstreben an den Nordbund stellen, in den letzten aufgenommen zu werden, so wird die preußische Regierung jetzt gar nicht in der Lage sein, ein solches Anstreben zurückzuweisen, sind mehr als die müßige Hypothese eines einzelnen Journalisten. Ich glaube, Sie Ihnen geradezu als Manifest des thaktäglichen und auf dem günstigsten Boden stehenden Theiles der nationalen Partei bezeichnen zu können und hoffe, daß die Thatachen in nächster Zeit meine Worte bestätigen werden. Gehört Baden aber zu uns, dann kann es sich für Württemberg und Bayern nicht mehr um das Ob, sondern nur noch um das Wie ihres Eintritts handeln.

In Hessen dauert der Streit für und gegen die Synode fort. Ein orthodoxer Landpfarrer sagt (nach der „Hess. Morg. Ztg.“) den Bauern von der Kanzel: „Die Preußen haben uns schon so Vieles genommen, nun wollen sie uns auch noch die Religion nehmen!“ Die Dorfbewohner sahnen diese Neuordnung so auf, daß man sie gewaltsam katholisch machen wollte und würden ganz entrüstet über diese ihnen drohende neue Vergewaltigung. Aber dem Pfarrer war das noch nicht genug. Er ließ die Männer des Dorfes wiederholts ins Schulhaus rufen und drohte, wenn die Synodal-Konvention zur Ausführung käme, dann würde Preußen das Kirchenvermögen wegnehmen und die Gemeinden ihre Pfarrer aus eigenen Mitteln besolden müssen. Das kurzte die Bauern vollends von der Lust, sich für die Synode zu erklären. (B. Z.)

Dresden, 19. Sept. Die „Sächs. Ztg.“ enthält die eigentümliche Notiz, daß sowohl für die erste wie für die zweite Kammer eine Motion gegen die Errichtung des Bundes-Oberhandelsgerichts in Leipzig vorbereitet werde. Der betreffende Antragsteller möchte indessen namentlich in unserer zweiten Kammer kein Glück machen, da, abgesehen von der Regierung, welche die Motion ganz entschieden befürworten würde, die liberale Partei auch entschlossen ist, dergleichen politische Nörgelereien in der Kammer nicht erst aufzutreten zu lassen. — In einer heute hierzulast von etwa 3000 Personen besuchten Volksversammlung wurden in der Klosterangelegenheit folgende Beschlüsse mit Einstimmigkeit gefaßt:

1) Jedwedes Klosterwesen läuft, weil es ein veraltetes und gefährliches hierarchisches Institut ist, den Forderungen unserer Zeit, welche die volle Öffentlichkeit und rüchhafte Hingabe an die allgemeinen Interessen des Lebens und die staatliche Gesellschaft verlangen, in jeder Beziehung wider.

2) Innere und äußere Gründe sprechen mit überzeugender Wahrheit dafür, daß das mittelalterliche Klosterwesen einer natürlichen und vernünftigen Entwicklung der Individuen, wie der Völker nicht förderlich, sondern entgegensteht.

3) Speziell für das Königreich Sachsen erwarten wir, daß unsere Volksvertreter im Verein mit der Regierung energische Schritte thun werden, um zum Heile des Gemeinwohles das Land von diesem und anderem verderblichen Unwesen baldmöglichst gründlich und für alle Zeiten zu befreien.

München, 20. September. (Tel.) Gegenüber den Nachrichten verschiedener Blätter, daß für die nächste Finanzperiode keine Steuererhöhung notwendig wäre, meldet das „Süddeutsche Korrespondenzbureau“, daß es sich als nicht möglich herausgestellt habe, das Budget für die nächste Finanzperiode ohne irgend eine Steuererhöhung aufzustellen.

## Oesterreich.

**Wien.** 19. Sept. Der Reise des Grafen Beust wird in den hiesigen Blättern eine große politische Bedeutung beigelegt, nach der „N. Fr. P.“ sollte sie sogar bis nach St. Cloud ausgedehnt werden. Letzteres ist jedoch nicht eingetreten, denn, wie telegraphisch gemeldet worden, ist Graf Beust allerdings in Frankreich gewesen, hat sich jedoch nach einer Unterredung mit dem Fürsten Metternich nach der Schweiz begeben.) Das einzige thatächliche Ergebnis dieser Reise ist vor der Hand nur das Eine, daß der Reichskanzler in Baden-Baden von der Königin von Preußen zur Tafel eingeladen wurde. Die Königin soll dabei, wie man der „N. Fr. P.“ schreibt, Herrn v. Beust den Wunsch nach Herstellung eines freundlichen Verhältnisses zwischen Preußen und Oesterreich an das Herz gelegt haben. Ob die Reise, die mit augenscheinlicher Ostentation in Szene gesetzt worden ist, von irgend welcher Tragweite sein wird, kann man zwar jetzt nicht beurtheilen, die auffallende Schaustellung macht jedoch glauben, wie die „D. A. Z.“ richtig bemerkt, daß derselben ein unmittelbar praktischer Zweck weniger zu Grunde gelegen, als der Wunsch, es möchte wieder einmal von Oesterreichs auswärtiger Politik und deren Leiter gesprochen werden. — Die deutsche Partei in Böhmen hat nun auch ihr Wahlmanifest veröffentlicht. Der Inhalt dieses umfangreichen Schriftstücks läßt sich in Kurzem dahin präzisieren, daß dessen erster Theil eine sehr ausführliche Darlegung des Entwicklungsprozesses der Parteien in Böhmen enthält, und der zweite dem eigenen politischen Standpunkt gewidmet ist und ein warmer Aufruf an den Patriotismus und die politische Einsicht der Wähler den Schluss bildet.

— Das Rundschreiben des Ministers des Innern an die Statthalter wegen Erwirkung von Landtagsbeschlüssen, betreffend die direkten Reichsrathswahlen wird von der liberalen österreichischen Presse freudig begrüßt. Dennoch ist der „Schles. Ztg.“ zufolge der Vorgang, den die Regierung beobachtet, nicht ganz klar. Der Erfolg dieser Regierungsinitsiative, deren es in mehreren Landtagen gewiß nicht erst bedurfte, wird weit über das Ziel hinausgehen, welches der Regierung vorgeschwebt haben mag. Zum Kennenlernen der landtäglichen Anschauungen hätte vielleicht eine Enquête geführt; die Landtage bilden aber eine solche nicht; sie berathen und beschließen, und statt die Angelegenheit zu begutachten, werden sie Beschlüsse fassen, durch welche sie sich binden und zu welchen sie nun indirekt von der Regierung aufgefordert werden. Diesen Beschlüssen gegenüber wird sich aber der Reichsrath in einer neuen „Zwangslage“ befinden und wir werden schließlich zu dem Resultate gelangen, daß in den verschiedenen Ländern die Frage der direkten Wahlen nach den verschiedenen Auffassungen der betreffenden Vertretungen gelöst werden wird, wodurch eine Zusammensetzung des Reichsrathes aus direkt und indirekt gewählten Abgeordneten entstehen wird. Eine solche Zusammensetzung des Reichsrathes erscheint uns nicht haltbar, und man sieht aus der Lage der Dinge nur, daß die Frage noch nicht spruchreif ist und die Berathung derselben von Seiten der Landtage schwerlich zu einer gleichmäßigen Lösung derselben führen wird.

— In Graz hat ein Katholikentag über die Interessen der Kirche berathen und sich schließlich zu einem Beschuß geeinigt, der alle Angriffe auf den Bestand klösterlicher Institutionen als Raub an Kirche und Volk erklärt. — In Innsbruck hat am 17. d. Mts. der Prozeß gegen den bekannten ultramontanen Reichstags-Abgeordneten Professor Greuter begonnen. Die Anklage lautet auf Majestätsbeleidigung und Ruhestörung. Diese Verbrechen soll der Angeklagte in einem Toast auf den Kaiser begangen haben, den er vor einem Jahre in einer Volksversammlung ausbrachte und bei dem er gefragt haben soll, der Kaiser habe die konfessionellen Gesetze nicht gewollt, er sei zur Unterschrift derselben durch Androhung der Revolution gezwungen worden. Nach den Telegrammen Wiener Blätter ist die Verhandlung auf Antrag des Staatsanwalts auf Montag vertagt, da die Einleitung zu Vorerhebungen gegen zwei Zeugen wegen des Verbrechens des Meineides getroffen worden ist.

## Belgien.

— Das internationale Schützenfest in Lüttich wird von allen Seiten viele Gäste und Mitbewerber um die zahlreichen und wertvollen Preise herbeiziehen. Von England rechnet man auf über 1000 Ristlemen, von Frankreich werden 7–800 Nationalgardisten als Bataillone organisiert eintreffen und teilnehmen; auch von Deutschland und Holland her erwartet man Schützen, wenn auch nicht in kompakten Massen. Uebrigens wird nicht Lüttich allein den Freunden Gastfreundschaft erweisen; Ostende hält sich bereit, die feierlichen Engländer zu empfangen, wie sie landen und ihnen den Ehrenmen zu kredenzen; Spa wird seinen Anteil an den Feierlichkeiten haben und Brüssel behält sich vor, die von Lüttich zurückkehrenden zu bewirthen, die Sieger zu beglückwünschen und die Beerausgegangenen zu trösten. So ist ganz Belgien geneigt, allen fremden Schützen, die an diesem Wettkampfe teilnehmen wollen, einen herzlichen und gastlichen Empfang zu bereiten. Doch hat die Ankündigung der französischen Nationalgardisten in folgender Form einen Anstoß und Bedenken erregt: „Die Abteilung französischer Nationalgarde, welche sich zum Preisschießen nach Lüttich begibt wird, soll aus 7 bis 800 Mann bestehen, unter dem Oberkommando des hrn. Kreitt, Kommandirenden des 9. Bataillons der Nationalgarde der Seine. Diese Abteilung wird militärisch organisiert sein und ein Bataillon bilden, welches mit Trommeln und Musik, Sapeurs, Fahne ic. in Lüttich einrücken wird.“ Die Bedenken gegen dieses „Einrücken eines Bataillons mit Trommeln und Fahne“ gründen sich auf einen Artikel der belgischen Konstitution, welcher sagt: „Keine fremde Truppe kann .... das Staatsgebiet besetzen oder durchstreifen anders als kraft eines Gesetzes.“ Wäre es nicht besser, sagen einige Organe der öffentlichen Meinung, wenn die französischen Nationalgardisten kämen, wie die englischen Ristlemen, die deutschen und schweizer Schützen? Wir sind bereit, Schützen und Schützengesellschaften zu empfangen, aber nicht Militärkorps. Werden die Franzosen nun zarte Rücksicht nehmen auf das konstitutionelle Gewissen der Belgier und ihre Trommeln und Fahnen, sammt den Schräffellen und Beilen der Sapeurs zu Hause lassen — der Tambour-Major kann mitkommen, als Schütze; auch brauchen die Sapeurs, wenn sie „als Schützen“ kommen wollen, ihre Barts nicht aufzuschneiden; — oder wird man ihnen den Artikel der Konstitutionen förmlich entgegenhalten müssen und sie dadurch vielleicht beleidigen; oder wird man lieber die Konstitution verlegen, als die empfindlichen Nachbarn? — Uebrigens haben diese freundnachbarlichen Einladungen und Besuche auf „blaue Bohnen“ ohnehin schon eine sonderbare Seite. Wenn nun so Franzosen und Deutsche und Engländer und Belgier einander zeigen, mit welcher Sicherheit sie auf 500 Schritte ins Schwarze treffen, scheint ja nicht jeder geschickte Schütze seinem Mitbewerber zu sagen: „Nun denke dir, du wärst die Scheibe, wie denn das ja eines Tages der Fall sein mag!“ Die Vorstellung ist eben nicht heiter, und daß die „Verbrüderung“ unter solchen Eindrücken sehr leicht sein sollte, kann man sich nicht gut denken.

\* Nach einem Telegramm aus Bern vom 20. d. ist Graf Beust am 19. in Bern eingetroffen und am 20. nach Lausanne gereist.

## Niederlande.

**Haag.** 20. Sept. (Tel.) Heute ist die Session der Generalstaaten durch den König eröffnet worden. In der Thronrede wird das gute Verhältnis des Königreiches zu den fremden Mächten hervorgehoben, und die günstige Lage des Landes auch in finanzieller Hinsicht konstatiert. Außerdem werden verschiedene Gesetzestwürfe (darunter Vorlagen über den Unterricht, das Patentwesen, das Rechtswesen und die Kolonien) in Aussicht gestellt.

## Spanien.

**Madrid.** 19. Sepbr. Der Ministerpräsident Prim und der Minister des Auswärtigen Silvela werden nächsten Dienstag hier wieder eintreffen. — Nach Kuba werden fortwährend Verstärkungstruppen gesendet.

## Rußland und Polen.

**!! Petersburg.** 15. Sept. Auf Veranlassung des Kultusministers ist hier eine Kommission aus Fachmännern, die namentlich im Auslande sich über das Schulwesen Erfahrungen gesammelt haben, zusammengetreten, um Vorschläge zur Verbesserung des Volkschulwesens zu machen und besonders darüber zu berathen, wie die erforderlichen Lehrer für die Volksschulen am zweckmäßigsten heranzubilden seien. Für Russland wird diese Kommission nicht viel zu wirken haben, da hilft sich das Volk selbst und hat sich darin vollständig von der Regierung emanzipiert. Denn seit Aufhebung der Leibeigenschaft, also seit acht Jahren, haben die befreiten Bauern bis jetzt ohne Zuthun der Regierung im Ganzen 13,811 Dorfschulen errichtet und erhalten sie aus eigenen Mitteln, darunter sind manche, von deren Vorhandensein die Regierung noch gar keine Kenntnis hat. An diesen Schulen stellen die Bauern ihre Lehrer selbst an, meist ausgediente Unteroffiziere und Soldaten, welche beim Militär lesen, schreiben und nach dem Rechnebrett rechnen gelernt haben; die Leistungen sind im Verhältnis zu den Urzuständen immer noch gut zu nennen. Bei der letzten Superrevision waren von 100 jungen Leuten vom Lande aus russischen Gouvernementen im Durchschnitt 45, welche lesen und schreiben, und außer diesen noch 18, welche lesen, aber nicht schreiben können; es waren also zwei Drittel unterrichtet, wogegen aus Polen von 100 Ausgehobenen vom Lande nur 27 mehr oder weniger unterrichtet waren, der Rest aber gar keinen Unterricht genossen hatte. In den Ostseeprovinzen waren von 100 Kontributären nur 19 und in Finnland nur 18 ohne Unterricht befunden worden.

## Ametika.

— Die Republik Peru hat bekanntlich die Unabhängigkeit Kubas anerkannt. Nachstehendes ist der Wortlaut des Dekrets der peruanischen Regierung, welches diese Anerkennung verfügt: „Departamento für auswärtige Angelegenheiten. — José Balta, Präsident der Republik Peru. — In Anbetracht daß, seit der von der Regierung erfolgten Erklärung, welche die für ihre Unabhängigkeit kämpfenden Kubaner als kriegsführende Macht anerkennen, die Insurrektion gegen die spanische Regierung bis zur Ausdehnung einer politischen Organisation gediehen, als deren Beweise ein Kongress und eine Regierung vorhanden sind, die zur Ausführung des Kampfes mit hinreichenden Mitteln versetzen, und kraft der Gerechtigkeit der heiligen Unabhängigkeitssache, wonach ihnen das Recht der Eroberung zusteht, eingezogen ist; ferner in Andereracht, daß, da die Regierung von Peru sich als Freund der revolutionären Kubaner erklärt, nach erfolgter Organisation derselben nunmehr auch die Regierung der kubanischen Republik als ein Freund anerkannt werden sollte und dies ohne vorhergehende Anerkennung der Existenz und des Charakters der Kuba beherrschenden Regierung nicht bewirkt werden kann, deferte ich — Einziger Artikel — daß die Unabhängigkeit der Insel Kuba von spanischer Herrschaft und auch die auf der Insel hergestellte republikanische Form der Regierung hierdurch anerkannt werde. — Der Minister für auswärtige Angelegenheit wird mit der Ausführung dieses Dekrets beauftragt. Dasselbe werde mitgetheilt, publiziert und im Archiv niedergelegt. — Gegeben zu Lima am 13. August 1869. José Balta“. J. A. Babenechea.

## Lokales und Provinzielles.

**Posen.** 21. Sept. Der „Köl. Ztg.“ wird aus Berlin mitgetheilt: Der kürzlich verstorbene Fürst zu Hohenzollern-Hedingen hat dem Infanterie-Regimente Nr. 47, dessen Chef er war, ein bedeutendes Legat hinterlassen, das vom Regiments-Kommandeur bis zum gemeinen Soldaten nach vorgezeichneten Säcken vertheilt wird. Das dem V. Armeekorps angehörige Regiment, dessen 1. Bataillon in Rawicz, 2. in Ostrowo, 3. in Krotoschin steht, legt für den Chef eine achtjährige Trauer an.

— In voriger Woche starb hier die Witwe Andersch in dem hohen Alter von 104 Jahren; sie war im Jahre 1765 geboren.

— **Der Kanal auf dem Sapiehavplatze,** welcher bekanntlich im vorigen Jahr hergestellt worden ist, wurde in voriger Woche inspiziert, indem das Wasser oberhalb aufgehalten wurde. Sowohl die ganze Anlage, als auch die Ausführung derselben hat sich vorzüglich bewährt, indem weder an irgend einer Stelle die Zementfügen eine Auspülung zeigten, noch sich Schlamm abgesetzt hatte. Dieser letztere Umstand ist wohl einerseits dem einstörmig, nach unten zugespülten Profile des Kanals, andererseits aber auch dem bedeutenden Gefälle derselben zuzuschreiben.

— **Biekrankheiten.** Unter dem Kindvieh in Nadolnik-Rolanie, Kr. Chodziezen, und Görki dąbki, Kr. Schubin, ist der Milzbrand ausgebrochen, weshalb beide Orte und deren Feldmarken für den Verkehr mit Kindvieh, Mausfutter und Dünger gesperrt sind.

— **Kreis Bomst,** 19. Septbr. Mehrere Dilettanten veranstalten heute Abend in Kurzstadt eine musikalisch-dramatische Vorstellung zum Bestehe der Hinterbliebenen der im Plauenischen Grunde verunglückten Bergleute. — Schon seit länger als 10 Jahren ist die Synagoge zu Bomst baufällig und es wurde bereits vor vielen Jahren Haustollete bei den jüdischen Gemeinden in den Provinzen Posen, Schlesien und Brandenburg beabsichtigt Neubau derselben mit obrigkeitlicher Bewilligung veranlaßt. Der Bau unterblieb aber trotzdem. Am 15. d. M. als am Versöhnungsfeste der Juden, fiel jedoch während des Gottesdienstes ein bedeutender Theil einer Seitenwand ein, so daß nunmehr die Synagoge politisch gefaßt werden wird.

— **Fraustadt,** 19. Sept. Nachdem die Probepredigten zur Bezeichnung der zweiten Predigerstelle am Kripplein Christi hier selbst beendigt sind, hat der Gemeindereichsrath vorigen Freitag zur Bestimmung und Festsetzung der der Gemeinde vorzuschlagenden drei Wahlkandidaten eine Berathung gepflogen. In derselben wurden durch Majorität gewählt: 1) Herr Hilfsprediger Engelmann aus Salzbrunn; 2) Herr Hilfsprediger Sonade aus Schmiedeberg und 3) Herr Pastor Hermann aus Nützen bei Steinau. Aus deren Mitte wird nunmehr in einem von der vorgezeichneten Behörde zu bestimmenden Termine von allen stimmberechtigten Gemeindemitgliedern die Wahl zum zweiten Prediger stattfinden. — Künftigen Donnerstag soll juriere Garnison von den Mandanten aus der Gegend von Biegyn und Goldberg wieder hier eintreffen.

— **Kobylin,** 19. Septbr. [Mord.] Auf dem Wege zwischen den 1 Meile von hier belegenen Dörfern Baschow und Bestwin ereignete sich gestern Vormittag ein schrecklicher Mord. Der Wirth Dombrowski aus Bestwin nämlich lebte seit längerer Zeit mit seiner Ehefrau, der Tochter des Lehrers C. aus Baschow in steter Feindseligkeit, so daß diese es für ratsam hielt, zu ihrem Vater nach B. zurückzukehren und dort einzusiedeln zu bleiben. Gestern früh begab sich D. in die Wohnung des Lehrers C., gab vor, in Frieden und bester Eintracht mit seiner Ehefrau leben zu wollen und

hat dieselbe, ihm in seine Heimat Bestwin zu folgen. Man traute seinen Worten, nachdem man noch zur Verhüllung der Eltern einen Sühnevertrag von dem betreffenden Ortsgeistlichen vorgenommen hatte. Der greise Lehrer begleitete seine Tochter und nahm zur Vorsicht auch noch den Schankwirt und Schulzen P. mit. Bald hinterm Dorfe, unweit des Kirchhofes, ging D. in das Gebräu und gab vor, seine Notdurft verrichten zu müssen. Es dauerte gar nicht lange und D. kam mit einer geladenen Büchse hervor, die er auf dem Hingehen daselbst versteckt hatte, und zierte auf die Frau. P. bemerkte dies und wollte ihm die Hände halten, doch dieser kam ihm zuvor und die Frau sank entsezt zu Boden. Die Angel war durch das Schulterblatt und das Herz gegangen. Ein schrecklicher Anblick für einen Vater, der jetzt noch für 2 kleine Mädchen zu sorgen hat. Der Mörder ging bald zurück nach Baschow, meldete sich beim dortigen Rentmeister, gestand seine That, und wurde nach Krotoschin gebracht, um dem Gericht übergeben zu werden. Der Thäter ist ein verunsichertes Subjekt und hat schon früher mehrere Vergehen sich zu Schulden kommen lassen, wofür er 1½ Jahr im Gefängniß zu Kozmin sitzen mußte.

— **Meseritz,** 18. Sept. Dieser Tage hatten wir hier einen seltenen Kunstsinn. Der Tonkünstler und Euphonionist Herr Ringe aus Breslau gab im Schiehausale mehrere Konzerte auf dem von ihm selbst konstruierten „Euphonion“. Die Löre des Glas-Euphonion sind mit denen der Alpharfe in den unteren Lagen, des Cellos in den mittleren und mit denen der herrlichsten Flötenton in den höheren Lagen annähernd zu vergleichen. Das aus klassischen Tonwerken, Musikstücken heiteren Genres und Volkweise zu zusammengelegte Programm wurde von Hrn. Ringe mit solcher Virtuosität vorgetragen, daß das Publikum nach jeder Piece in einen wahren Beifallssturm ausbrach. — Es freut uns berichten zu können, daß die Chaujeegel-Gebrüder Meseritz-Schwebus (das Rittersche Wäldchen genannt) gleichzeitig das leider — um einige auswärtige, den hiesigen Bewohner lieb gewordene und gerade von dem besten Publikum besonders im Sommer gern besuchte Etablissement wiederum in die Hand des bisher bewährten Wirthes, des pensionirten ehemaligen Gendarmer-Wachtmasters Herrn Seiser verblieben ist.

— **Kawies,** 19. Sept. Die diesjährigen Kreissynoden der Kirchenkreise Lissa, Graustadt und Bojanowo wurden, wie unser Kreisblatt meldet, am 9. d. Mts. in Lissa abgehalten und durch einen Gottesdienst in der Kreuzkirche eröffnet. Pastor Pfizner aus Reisen hielt die Synodalpredigt über Joh. 6, 63: „Der Geist ist es, der da lebendig macht“ und zeigte, wie der Geist aus Gott es sei, der die Kirche lebendig mache (1) in ihrer Lehre, 2) in ihrer Verfassung und 3) in ihren Belichern. Den verfaßten geistlichen und weltlichen Mitgliedern der 3 Kreissynoden (ca. 50 inkl. einiger Gäste) hatte sich aus Lissa eine Diaspora-Gemeinde im eigentlichen Sinne des Wortes beigegeben, d. h. einige hier da in der Kirche zerstreut sitzende Gemeindemitglieder. Hierauf gingen die vereinigten Synoden der Diözesen Lissa und Graustadt in der Sacristie, die Synode des Bojanowoer Kirchenkreises in der Parwohnung an die Berathung der befannten Propositionen: Von der Bojanowoer Synode wurde die erste Frage: „Ist die bindende Vorschlagsliste für die Wahlen zum Gemeindereichsrath beizubehalten?“ entgegen dem Antrage des Referenten P. Kaiser mit 9 gegen 6 Stimmen abgelehnt (für den Wegfall der Vorschlagsliste stimmten 5 Geistliche und 1 Laie); die zweite Frage: „Empfiehlt es sich, den Kirchenvorstand mit dem Gemeindereichsrath zu verschmelzen?“ wurde mit 14 gegen 1 Stimme abgelehnt. Die Abstimmungen der Lissa-Graustädter Synode summen im wesentlichen mit den angeführten überein, denn, wenn man auch eine erweiterte Vorschlagsliste beantragte, wurde doch die Beschränkung der Wahl aufrecht erhalten. Die dritte Proposition, betreffend die Fürsorge für die entlassenen Straflinge, wurde von der Majorität der Bojanowoer Synode entgegen der Ansicht der beiden Referenten, P. Steiner und P. Ecaldi, dahin beantwortet, daß die Auglichkeit eines zu diesem Zwecke zu bildenden Vereins zwar nicht verkannt werden solle, bei der Menge von Vereinen und der Schwierigkeit der Aufgabe des in Rede stehenden, in kleineren Parochien für jetzt jedoch von der Bildung eines solchen abgelehnt werden solle, zumal das geistliche Amt sich überall der qu. Aufgabe zu unterziehen hat, soweit dies überhaupt möglich ist. Was die andere Synode über diesen Punkt beschlossen hat, ist uns nicht bekannt geworden. — Am 10. Septbr. Vormittags 10 Uhr traten die genannten 3 Kreissynoden unter dem Vorsitz des Sup. Altmann zur Bezirksynode zusammen, um die Wahl von 4 Abgeordneten für die Provinzialsynode vorzunehmen. Die Zahl der stimmberechtigten Wähler belief sich auf 46, von denen 15 dem Bojanowoer, 16 dem Lissaer und 15 dem Graustädter Kirchenkreise angehörten. Bei dem ersten Wahlatte (Wahl eines der zur Bezirks-Synode gehörenden Superintendenten) wurde Sup. Grabig in Lissa mit 32 Stimmen gegen 14, welche dem Sup. Altmann in Kawies zustießen, gewählt. Bei der Wahl eines Abgeordneten aus der Zahl der Geistlichen fielen 18 Stimmen auf Oberprediger Pfleiffer in Graustadt, 15 auf P. Kaiser in Kawies und 13 auf P. Pfizner in Reisen. In der nunmehr erfolgten engeren Wahl wurde Pfleiffer mit 28 gegen Kaiser (18 Stimmen) gewählt. Als weltliche Abgeordnete wurden im dritten Wahlatte (Stadtrath Röhrer aus Kawies mit 39 gegen 7; im vierten Generalleutnant v. Sommerfeld in Graustadt mit 36 gegen 10 Stimmen gewählt).

— **Schroda,** 20. Sept. Am 18. d. Mts. Abends, brannten in Pentlowo, 1½ Meile von hier, die 3 Wirtschaftsgebäude der hier wohnhaften Gebrüder Gabryelewicz mit den halben Ernteworräthen nieder. Dem in dem Hause wohnenden Tagelöhner S. ist auch dadurch größtenteils ihre Habe vernichtet worden. Wie gewöhnlich bei den Landbewohnern, sind die Gebäude immer sehr niedrig in der Provinzial-Feuer-Sozietät versichert, daß Wölker und die Ernteworräthe gar nicht. Man vermutet eine absichtliche Brandstiftung. — In derselben Nacht sind in Lissowko bürgerliche Wirtschaftsgebäude ein Raub der Flammen geworden, so daß innerhalb 9 Tagen 4 Wirtschaften in unjerer Nähe eingeeicht worden sind. — Wie schon früher referirt, hat unser Magistrat die Absicht, das bisherige Etablissement, welches im Jahre 1860 auf 3994 Thlr. 25 Sgr. 6 Pf. taxirt wurde, von dem Justizfiskus aus freier Hand zu kaufen, allein das Justizministerium ist auf die magistratuelle Offerte nicht eingegangen, vielmehr wird das Gebäude am 14. Okt. d. J. öffentlich vom hiesigen Gericht versteigert werden.

— **Schwerin a. W.**, 20. Sept. Gestern fand hier eine Säularfeier Alegander v. Humboldts statt, die wegen des jüdischen Versöhnungsfestes bis zu diesem Tage aufgeschoben worden war. Es war der Beihaltung ein möglichst weiter Raum gestattet, indem an die Mitglieder von 6 Vereinen, aus deren Mitte sich ein Festomitee gebildet hatte, noch gegen 1400 Festgäste zur beliebigen Vertheilung an solche Personen ausgegeben waren, die keinen dieser Vereine angehören. Als sich gegen 1 Uhr Nachmittags die Mitglieder sämtlicher Vereine an dem Bestende der Poststraße zu einem vorzüglichen Regimentsmärt durch die Hauptstraße der Stadt, am Ringe vorüber, nach dem Garten des neuen Schützenhauses hin. Hier war eine mit Läudgewinden, Wimpeln und mit der Büste Humboldts gezierte Tribüne errichtet, für die Sänger und den Festredner bestimmt. Nach einer unter der Direktion des Herrn Sander aus Landsberg äußerst präzise ausgeführten Ouvertüre und nach dem vierstimmigen Chor: „Ich suche dich u. s. w.“, der von dem hiesigen Männergefangenverein vorgezogen wurde, hielt der Sängerkassen-Rendant, Herr Schmidt, eine gediegene Festrede. Derselbe schloß mit den Worten Humboldts: „Die Naturwissenschaft ist für alle die vermittelnde Macht, welche Entfernung, Verschiedenheit und Schranken in Leben, Glauben und bürgerlichen Verhältnissen aufhebt und zur geistigen Einheit des zerrissenen Menschengeschlechtes führt.“ Bis zum Einmarsch wechselten Instrumentalmusik und 4stimmige Gefänge. Die mit Läudgewinden und Kränen geschmückten Häuser, an denen der Zug vorüberzog, und der Markt-platz waren illuminiert und mit verschiedenfarbigen bengalischen Flammen beleuchtet. — Abends fand im Hotel „König von Preußen“

lann die Zahl der Menschen, die sich auf den Straßen bewegten, nur nach Tausenden veranschlagen. Der Festplatz, zu dem man den großen Garten des neuen Schützenhauses gewählt hatte, war schon beim Eintritt des Festzuges vom Publikum recht stark besetzt. Vorträge der Gesangvereine und die vom Realchullehrer Hrn. Dr. Weigand gehaltene Festrede hörten wir noch im Freien, da bis dahin das Wetter günstig war. Demnächst stellte sich jedoch leider ein heftiger und anhaltender Regen ein, welcher einen großen Theil des Publikums zum Verlassen des Festplatzes nötigte und die Beendigung des Festes im Freien unmöglich machte. Das Konzert mußte daher in den geräumigen Lokalen des Schützenhauses abgespielt werden. Wenn nun auch unser Fest so recht garstig durch die Witterung unterbrochen wurde, so ist es doch in der Hauptfahrt mit der entsprechenden Würde gefeiert worden.

## Aus dem Gerichtsaal.

**Z. Posen.**, 18. September. Gegenstand der heutigen Verhandlung war ein Verbrechen, welches in unserer Provinz leider nicht zu den selteneren gehört, der Kindesmord. Dieses Verbrechen angeklagt, erschien die Dienstmagd Hedwig Gabrysiak aus Santomysl. Der Sachverhalt ist folgender: Am Nachmittage des 23. Mai 1869 gegen 5 Uhr fanden die Arbeiter Mathias Górný und Ignaz Stawny aus Santomysl, als sie in dem hinter dem Grundstück des Stellmachers Kierski befindlichen Graben mit dem Suchen von Regenwürmern beschäftigt waren, ungefähr 6 Zoll unter der Erdoberfläche eine in einem blauen Lappen eingewickelte kindliche männliche Geschlechts. Sie machten hieron dem Bürgermeister Linke in Santomysl Anzeige und fand in Folge weiterer Anzeige am 26. Mai 1869 zu Santomysl die gerichtliche Sektion der Leiche statt. Auf Grund des hierbei ermittelten Befundes gaben die Gerichtsarzte ihr Gutachten dahin ab, daß der denatus ein ausgetragenes, lebensfähiges Kind gewesen sei, daß es geathmet, also gelebt habe und den Erstickungstod gestorben sei, sowie daß dieser Erstickungstod durch Absperren der zum Atemhöhen nötigen Luft herbeigeführt sei, welche Absperzung sowohl durch Zuhalten des Mundes und der Nase mit der Hand, als durch Einwickeln des Gesichts in einen dicken Stoff, als endlich auch durch unmittelbares Verharren in die Erde nach der Geburt erfolgt sein könne. Als die Mutter dieses Kindes ist die Dienstmagd Hedwig Gabrysiak ermittelt worden; dieselbe hat dies auch eingeräumt, bestreitet aber, daß sie das Kind vorsätzlich getötet habe; in letzterer Beziehung wird sie jedoch einmal durch das Gutachten der Gerichtsarzte, ferner durch ihre eigenen widersprechenden Angaben über den Art der Geburt des Kindes, sowie endlich durch das Ablegen ihrer Schwangerschaft belastet. So hat sie nicht einmal ihren nächsten Verwandten gegenüber, nämlich ihrem Schwieger, der verehelichten Grzempa, bei welcher sie sich zur Zeit der That aufhielt und welche ein schon früher, vor etwa 8 Jahren, von ihr außerehelich geborenes Kind in Pflege hatte, ihre Schwangerschaft abgeleugnet. Dasselbe that sie auch den Radziejenischen Geleuten zu Santomysl gegenüber, bei welchen sie kurz vor der Geburt gedient hatte. Obgleich nun die Angeklagte bei ihrer verheiratheten Schwieger vollkommene Pflege und Schutz hatte, so begab sie sich, als die Wehen sich einstellten, in den Wald und gab dort das Kind. Sie suchte dies zwar damit zu entschuldigen, daß sie behauptete, die Wehen hätten sie dort im Walde erst überrascht. Den Akt der Geburt selbst stellte sie in der widersprechendsten Weise bald als einen schweren, bald als einen leichteren dar. Nach den durch die Gerichtsarzte festgestellten Umständen erschien derselbe jedoch als ein durchaus leichter. Dabei bleibt sie aber, daß sie kurz nach erfolgter Geburt, wohl in Folge derselben, bestinnungslos geworden sei. Als sie wieder zu sich gekommen, hätte sie das Kind mit dem Gefühl gegen die Erde gewandt und bereits tot gefunden; auf ferneres Fragen, ob das Kind überhaupt gelebt habe, entgegnete sie, daß dieser wohl der Fall gewesen sein müsse, da sie es zweimal habe schreien hören. Die Gerichtsarzte, über die Lebensfähigkeit des Kindes vernommen, gaben wiederholtermaßen dahin ab, daß, trotzdem die Leiche des Kindes bereits ziemlich stark in Verwejung gewesen, als sie dieselbe untersuchten, und sich auch bei der Lunge die Einwirkung der Gase in Gestalt von Luftbläschen gezeigt habe, sie doch annehmen müßten, daß das Kind geatmet und in Folge dessen gelebt habe, da sie sich bei der Sektion einige noch gefundne Stückchen Lunge herausgeschnitten und mit diesen die Probe gemacht hätten. Von Seiten der Vertheidigung war der Medizinalrat Dr. Nehfeld von hier als Gegen-Sachverständiger in Vorschlag gebracht worden. Die Vernehmung derselben ergab als Resultat, daß er wegen der konstatirten Verwejung der Kindesleiche nicht im Stande wäre, mit apotheklicher Gewißheit zu behaupten, daß das Kind gelebt habe, da die angestellte Eungenprobe auch in Folge der eingetretenen Verwejung, d. h. in Folge der nach dem Tode des Kindes der Lunge mitgetheilten Lust glücklich sein könnte. Hierauf könne er ebenso wenig behaupten, daß das Kind den Erstickungstod gestorben sei. Die vernommenen Zeugen bestätigten im Uebrigen die Angaben der Anklage. Auf Grund derselben hielt die kgl. Staatsanwaltschaft die Anklage aufrecht, beantragte prinzipaliter das Schuldt im ganzen Umfange derselben anzuprechen, event. eine demnächst zu stellende Frage aus § 186 des Strafgesetzbuches zu bejahen. Der qu. Paragraph bestraft mit Gefängnis bis zu 2 Jahren, wenn eine Mutter den Leichnam ihres unehelichen, neugeborenen Kindes ohne Vorwissen der Behörde beerdigt oder bei Seite schafft. Seitens der Vertheidigung wurde anhingestellt, diese letztere Frage zu bejahen, prinzipaliter jedoch beantragt, das Nichtschuldt über die Angeklagte auszusprechen. Es wurde von derselben dieser Antrag dadurch begründet, indem auf den Widerspruch in den Gutachten der Sachverständigen, sowie auf das Fehlen eines jeden Motives zur That aufmerksam gemacht wurde. Wenn das Kind aber auch wirklich getötet worden wäre, so könnte nur eine fahrlässige Tötung derselben angenommen werden. Im Anschluß an die Debüttion stellte der Vorsitzende des Gerichtshofes noch eine eventuelle Frage wegen fahrlässiger Tötung. Die Geschworenen konnten nach dem Vorgetragenen die Überzeugung für die vorsätzliche Tötung des Kindes durch die Angeklagte nicht gewinnen, sprachen derselbst das Nichtschuldt über sie aus, nahmen dagegen das Schuldt wegen fahrlässiger Tötung an. In Folge dessen wurde die 24 Jahr alte Hedwig Gabrysiak wegen fahrlässiger Tötung ihres außerehelich geborenen Kindes zu 1 Jahr Gefängnis verurtheilt.

**Montag, 20. Sept.** Unsere Leser werden sich des der heutigen Anklage zu Grunde liegenden Sachverhalts gewiß noch erinnern. Am 16. Juli 1869, Abends gegen 10 Uhr, wurde der Obstwärter Bruno Goldmann aus Zabikowo bei Winiary in dem Graben der Chaussee von Pojen nach Doborni bestimmtlos und aus mehreren Wunden blutend vorgefunden. Nach Winiary geschafft, gab er in derselben Nacht gegen 12 Uhr den Geist auf. Bei der am folgenden Tage vorgenommenen gerichtlichen Obduktion der Leiche fand man 4 Kopfwunden, die Schäddecke war mehrfach gebrochen, so daß sich Knochenstücke von 2 Zoll Länge lösen ließen. Außer diesen Verleugnungen wurden auf den Seiten der Brust, sowie auf dem ganzen Rücken handgroße, bläulichrote Flecke, an der Stelle des Chausseegrabs aber, wo Goldmann gefunden worden war, außer einer Blutlache 7 Steine, von der Schwere von  $\frac{1}{2}$  – 3 Pfund nicht weit von einander vorgefunden. Alle diese Verleugnungen dem Goldmann in Gemeinschaft mit einander beigebracht zu haben, sind überführt: der Anton Danielczak, der Wojciech Zaf, der Andreas Zieliński und der Florian Czerwinski, sämtlich aus Winiary. Zur Ausführung der That lag für diese Personen folgende Veranlassung vor: Goldmann und der Schneidergesell Julius Becker waren von dem Pächter des Obstes an der Chaussee bei Winiary, Johann Krzesinski, als Wächter und Gehilfen angemommen worden. Krzesinski hatte am Morgen jenes 16. Juli den Danielczak beim Entwenden von Kirschen betroffen und war von derselben, als er ihn zur Rückgabe der gestohlenen 4–5 Quart Kirschen aufforderte, nicht nur geschimpft und mit einer Sense bedroht, sondern auch mit dem Wehsteine wiehernd sehr heftig vor die Brust gestoßen und dadurch von seinem Vorhaben abzuhalten gezwungen worden. Nachmittags sah Krzesinski, diesmal in Begleitung von Goldmann und Becker, wie Danielczak wiederum auf der Chaussee gefahren kam, hielt das herangefommene Gefäß an und legte ihm wegen seines Benehmens am Vormittage zur Rede. Als Danielczak log, schlug ihn Goldmann und Becker einmal mit der Hand in das Genick, worauf derselbe vom Wagen sprang und mit der Drohung: „Wartet, ich Hundebut! Diebe! heute oder morgen werden Euch die Kaisdaunen aus dem Leibe herausgerissen werden“, querfeldein unter Zurücklassung seiner Mütze davonfuhr. Seine Drohung suchte er auch bald zu verwirklichen. Denn kurz nach Eintritt der Dunkelheit kamen die 4 Angeklagten und zwar zu 2 und 2 auf Goldmann und Becker los. Danielczak und Czerwinski schlugen mit mitgebrachten Knütteln auf Becker, Zaf und Zieliński, ersterer mit einem Stück Eisen auf Goldmann ein, dem Becker gelang es, zu entkommen. Goldmann dagegen blieb bewußtlos in Folge der Misshandlungen liegen. Danielczak, Zaf und Zieliński befanden sich der That schuldig, Czerwinski räumte zwar ein, mit den übrigen Angeklagten sich zur Begehung der That verabredet und mit ihnen an den Ort der That gegangen zu sein, stellte jedoch in Abrede, sich an den Misshandlungen beteiligt zu haben. Da außerdem die von der Vertheidigung beantragte Annahme von mildernden Umständen von der k. Staats-

anwaltschaft abgelehnt wurde, so mußte unter Zugleichung der Geschworenen verhandelt werden. Die Beweisaufnahme bestätigen die Angaben der Anklage vollkommen und hinsichtlich des Czerwinski wurde nicht festgestellt, daß er sich bei den Misshandlungen gegen Goldmann beteiligt habe, dagegen war er derjenige, welcher den Becker angriff. Seitens der Vertheidigung wurden bei allen Angeklagten mildernde Umstände und nur in Betreff des Czerwinski seine Freisprechung beantragt. Der Vorsitzende des Gerichtshofes stellte mit Rücksicht auf diesen Antrag eine Frage aus § 198 des Straf-Gesetzbuchs. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage bei allen 4 Angeklagten, nahmen auch nur bei Czerwinski mildernde Umstände an. Daran wurden Danielczak, Zaf und Zieliński jeder zu 10 Jahr Zuchthaus, Czerwinski dagegen zu 1 Jahr Gefängnis verurtheilt.

— Der bei Schröder wohnhafte Rittergutsbesitzer von Karczewski hatte angeblich in momentaner Nervenaffektion in Verbindung mit seinem Amtmann Horn seinen Knecht, welcher, auf dem Felde beschäftigt, plötzlich die Fortsetzung der ihm aufgetragenen Arbeit verweigerte, mit einem Stock derartig geschlagen, daß derselbe mehrere Verletzungen davontrug. Demnachfolge unter Anklage gestellt, wurde v. K. vom ersten Richter nur der einfachen Körperverletzung schuldig befunden und auf Grund des § 187 des Strafgesetzbuchs zu dreiwöchentlicher Gefängnisstrafe verurtheilt, während die Freisprechung des Horn erfolgte. Die Staatsanwaltschaft berührte sich jedoch bei diesem Urtheile nicht, sondern legte die Appellation gegen dasselbe ein, und das Appellationsgericht zu Posen erkannte demnachfolge reformatorische, daß Angeklagter der vorsätzlich, mit Überlegung verübten Körperverletzung schuldig und demnach nach § 192 Strafgesetz mit 6 Monaten Gefängnis zu belegen sei. Der Einwand des Angeklagten, daß er zeitweilig an Kreuzritterin leide und in diesem Zustande zu Egessen neige, die ihm nicht in strafrechtlicher Beziehung angerechnet werden dürften, wurde verworfen. Gegen diese Entscheidung legte v. K. die Nichtigkeitsbeschwerde ein und führte aus, daß der Appellationsrichter durch die Richterwägung des Umstandes, daß Implorant zeitweilig geistig gehört sei, den § 196 Strafgesetz verlegt habe, welcher eine Ergänzung zu der in dem § 192 enthaltenen Lücke bilde, denn derselbe gewähre die Zulässigkeit mildernder Umstände. Hiergegen deduzierte die Ober-Staatsanwaltschaft, daß, selbst wenn es erwiesen worden, daß Implorant sich im Affekt befunden, die strenge Strafe des § 192a. nicht ausgeschlossen werden könnte, weil der Appellationsrichter diesen Umstand rechtfertigen könne und im Erkenntnis erörtert habe. Das Ober-Tribunal wies demnächst unter Adoption dieser Ausführung die Kassationsbeschwerde zurück.

**Berlin.** Vor der VII. Deputation der Kriminalabtheilung wurden am 17. d. M. drei Prozesse gegen die sozial-demokratische Partei beider Linien verhandelt, denen kurz folgender Thatbestand zu Grunde liegt.

I. Die Nr. 142 des „Sozial-Demokrat“ enthält zwei Korrespondenz-Artikel des gegenwärtig zur Bebel-Liebknecht-Linie übergetretenen Buchbindergesellen Raspe, welche die am 29. Novbr. v. J. in Essen stattgehabten Konflikte zwischen der sozial-demokratischen Partei einerseits und der Polizei derselbst andererseits, als einen Kampf darstellen, welcher die Kriegsberichte aus der Krim weit hinter sich läßt. Hierauf hatten die Bechen-Polizisten in Essen nicht allein Greife und Bürger und zuhig dahintreibende Frauen mit einem Kind auf dem Arm verwundet, sondern auch das Kind im Mutterleib nicht verschont. Schließlich war ein 14jähriges Mädchen, Auguste Schneider, den von der Polizeigewalt ausgetheilten Säbelhieben erlegen. Diese legte Thatfache wurde von Raspe telegraphisch widerruft, aber zu spät, denn schon hatten sich die Spalten des „Sozial-Demokrat“ geöffnet und die unrichtige Notiz aufgenommen. Die Folge dieses Artikels war eine genaue Recherche über die Vorgänge in Essen, die eine Übertreibung der Vorgänge desdahlt herausstellte, wenn auch dem Thatbestand der ersten Notiz eine objektive Grundlage nicht völlig abzuprägen war. Die legte Thatfache war in diesem vollständig unrichtig, da Auguste Schneider überhaupt bei dem tumult nicht anwesend gewesen war. Der Redakteur Grüwel, der den Artikel nicht gelesen haben will, ist deshalb aus § 37 des Preßgesetzes, Raspe aus § 102 des Strafgesetzbuchs angeklagt. Raspe ist nicht erachtet und wird deshalb in contumaciam und zwar zu 2 Monaten Gefängnis, Grüwel zu 50 Thlr. Geldbuße verurtheilt.

II. Die zweite Anklage gegen Grüwel und den Buchbinder Peter gerichtet, ist aus einem Aufruf der Herren Dr. Schweizer und Fritsche, den dieselben in Hamburg erlassen haben, an die deutschen Arbeiter, hervorgegangen, der in Nr. 101 des „Sozial-Demokrat“ vom 30. August cr. aufgenommen worden ist. Derselbe betrifft die Agitation der Arbeiter zum Zweck der Lohn erhöhung, die, wie die Verfasser zugeben, freilich nicht durch die Streiks allein erzielt werden könnte, wohl aber dadurch, daß die Arbeiter einzigen, um der Polizeiwirtschaft, die hier noch mit einigen starken Epithets verunglimpt wird, ein Ende zu machen und den Kampf gegen den Übermuth und die schamlose Habgier der Kapitalisten“ bis auf Neuertheil zu führen. Grüwel nimmt hier wiederum den § 37 des Preßgesetzes in Anspruch, während Peter dadurch, daß er den nicht konfizierten Artikel in einer Versammlung der Buchbindergesellen vorgelesen hat, aus § 100 und 101 des Strafgesetzbuchs angeklagt ist. Der Gerichtshof erkennt auch hier gegen Grüwel aus § 37 des Preßgesetzes auf 50 Thlr. Geldstrafe, gegen Peter aus § 87 (Anleitung zur Zusammenrottung), 100 und 101 des Strafgesetzbuchs auf 4 Wochen Gefängnis.

III. Der Schriftsteller Liebknecht präsidirte in Berlin im Engelhardt'schen Lokal einer Versammlung, in der er den Grafen Bismarck beschuldigt, 1866 den Staatsstreich Louis Napoleons nachgeahmt zu haben, und sich in den Auflösungen erging, ohne die Herr Liebknecht keine Rede hält. Liebknecht ist nicht erschienen und wird in contumaciam zu 3 Monaten Gefängnis verurtheilt. (Sp. 3.)

**Dortmund,** 18. Septbr. Ein Presoprozeß, welcher auf Antrag des Redakteurs des hiesigen Wochenblattes (des amtlichen Kreisblattes), Herrn Wörle, vor einem Jahre gegen den Abgeordneten Dr. Becker eingeleitet war, wurde heute verhandelt. Das Kreisgericht verurteilte Hrn. Dr. Becker unter Berücksichtigung der schweren Beleidigungen, welche vorher das Wochenblatt gegen ihn in Bezug auf seinen Beruf als Abgeordneter enthalten hatte, zu einer Geldbuße von 10 Thlrn.

## Staats- und Volkswirthschaft.

**B. K. B. Berlin.** Das Genossenschaftswesen, welches auf dem geerblichen Gebiete so reiche Erfolge getragen, ist leider auf dem Felde der Landwirthschaft noch nicht in dem Maße zur Anwendung gelangt, wie es hier besonders verdiente. Es dürfte deshalb von allgemeinem Interesse sein, hier auf einen Versuch hinzuweisen, der leicht durchführbar ist. Es hat nämlich im Deltower Kreise eine Anzahl von Gutsbesitzern eine Genossenschaft gebildet, Bewußt Erwerbung einer Dampfsdrehmaschine. Die große hiesige Fabrik für landwirthschaftliche Maschinen und Geräthe von H. G. Ebert liefert dieser Genossenschaft diese Dampfsdrehmaschine nebst Lokomobile und überläßt ihr gleichzeitig einen erfahrenen Maschinisten, welcher insofern zum Theilhaber der Genossenschaft gemacht wird, als ihm für jeden Wissel Getreide, den er mit der Maschine ausdrückt, anderthalb Thaler gutgeschrieben werden. Von dem so verdienten Lohn erhält er einen Theil zur Belohnung seiner Bedürfnisse ausgezahlt, dagegen wird der Rest so lange zurückbehaltet und angehäuft, bis die Kaufsumme der Maschine erreicht ist, die alsdann mit der Verpflichtung in das Eigenthum des Maschinisten übergeht, auch fernerhin zu gleichem Preise und zwar in erster Reihe bei den Genossenschaften zu drehen. Auf diese Weise hofft man zu erreichen, daß die Maschine stets in möglichst gütigem Zustande erhalten bleibt, daß aber auch wiederum die Genossenschaften gegen einen billigen Drescherlohn ihr Getreide schnell und gut ausgetrieben und vollkommen rein auf den Boden bekommen.

**Zur Braunitweinfabrikatsteuer.** Im Namen des Bundesrates ist bei Beratung des Braunitweinfabrikatsteuergesetzes im Reichstage des Norddeutschen Bundes die Erklärung abgegeben worden, daß, wenn auch das genannte Gesetz nicht zu Stande kommen sollte, dennoch die Verpflichtung mit dem von Siemens und Halske erfundenen Mahzapparate, und zwar in größerem Maßtheile fortgelegt werden würden. Zu diesem Zwecke sind nun seitens des Bundeskanzleramtes bei den Wettbewerbern 10 dergleichen Apparate bestellt worden, von denen sechs in Preußen, und zwar je einer in den Provinzen Brandenburg, Sachsen, Schlesien, Pommern, Preußen und der Rheinprovinz, die übrigen 4 aber in den Bundesstaaten Sachsen, Braunschweig, Mecklenburg und Oldenburg aufgestellt werden sollen. Die bezüglichen Direktivbeamten haben von dem Finanzministerium die Weisung erhalten, in ihren Bezirken eine geeignete Brennerei zu ermitteln, deren Besitzer mit der Aufstellung eines solchen Mahzapparates einverstanden ist. (Das Nichtvorhandensein eines solchen in unserer Provinz ist vielleicht der Grund, daß nach Pojen keine solche Maschine kommt.) Zur Aufstellung soll außerdem eine solche Brennerei gewählt werden, welche vermittelst der Eisenbahn von Berlin aus leicht zu erreichen ist, indem sowohl die Überwachung der Aufstellung, als auch die technische Prüfung der aufgestellten Apparate einem berliner Techniker übertragen werden soll, welcher mit der Sache bereits vertraut ist. — Wir werden Ihnen seiner Zeit über die Resultate Bericht erstatte.

**Braunschweig,** 20. Sept. (Tel.) Der Vertrag über den Verkauf der braunitweinfabrikatsteuer ist nach ertheilter landesherrlicher Genehmigung zwischen der Staatsregierung und dem bekannten Konzern (Pariser Bank, M. A. v. Rothschild & Söhne in Frankfurt a. M., Düsseldorf-Gesellschaft und S. Bleichröder in Berlin) gestern Abend abgeschlossen worden.

**Nürnberg,** 18. Septbr. [Hopfen.] Witterung sommerlich, warm und trocken. Wenn sich auch seit Donnerstag etwas mehr Bedarf zeigte, wodurch die Lager ziemlich geräumt sind, so bleibt doch eine Zurückhaltung von Seite der Käufer bei weichender Preisrichtung unverkennbar. Durch die neuesten Berichte aus der Hallertau und andern Produktionsbezirken veranlaßt, nach welchen dort, besonders durch starke Verhöhung böhmischer Händler, eine steigende Preisrichtung eintrat, zeigten sich beim gestrigen Geschäft hiesige Käufer etwas gesättigter, eine Besserung der Preise ist jedoch nicht zu melden. Unter den gestrigen Abschlüssen, welche ca. 130 Ballen beiführen, sind einzelne Ballen Hallertauer Hopfen zu 80–82 fl., gewöhnliche do. zu 70–76 fl., Würzburger zu 72–78 fl., Schweizer zu 65–72 fl., Altmark zu 44–50 fl., fränkische Landware zu 60–66 fl. angezeigt. Der heutige Geschäftsgang blieb bei ca. 90 Ballen Marktluft und etlichen Fuhren Hallertauer Waare ein ruhiger, im Verhältniß zur gestrigen Stimmgewicht ein ziemlich flauer. Die ausgebote Waare ließ den ohnehin zurückhaltenden Käufern in Beschaffenheit verschiedenes zu wünschen übrig und so konnte bei der herrschenden Verkaufslust ein Preisabschlag von 2–3 fl. nicht ausbleiben. Am meisten wurde zu den Preisen von 60–67 fl., sel tener zu 77–80 fl. umgesetzt und ging bis jetzt Mittags wenigstens der Betrag der Zufuhr aus dem Verkehr. Für Export sind noch keine Geschäfte zu machen und hat man zur Zeit für ein lebhaftes Marktgeschäft keine bessere Meinung, so lange nicht England als Käufer austritt. (B. H. 3.)

## Bermischte.

\* **Deutsche Arbeiter in Rumänien.** Durch die Blätter läuft seit den letzten Wochen in den verschiedenen Versionen die Notiz, daß von den Arbeitern, die Dr. Strousberg nach Rumänien geschickt haben soll. 400 Mann mit Boremthalung des ihnen rechtlich zustehenden Lohnes entlassen seien, nachdem dieselben einen blutigen Kampf mit den rumänischen Willigen zu besiegen gehabt hätten. Diese 400 Mann, heißt es dann weiter, hätten hier in feierlicher Versammlung verabschiedet, gegen Dr. Strousberg mit einem Breviprozeß vorzugehen und gegen den Konsul in Galatz den Weg der Beschwerde vorzugeben. Hierzu bemerkte nun die „Post“ zur Vertheidigung ihres Patrons: Wenn nun auch der Prozeß des wunderbaren Wachstums sattjam bekannt ist, dessen sich dergleichen pitante Neuigkeiten bei ihrem Wege von einem Blatt ins andere zu erfreuen pflegen und wenn man auch darauf rechnen kann, daß dergleichen Beiträge ohne jedes Rüthun wie eine aufgeblähte Seifenblase von selbst zerfallen, sobald sie an eine bestimmte Grenze der Übertriebung angelangt sind, scheint es doch in dem vorliegenden Falle gerechten, diese Selbstversöhnung durch einen kurzen Hinweis auf die nackten Thatsachen zu beschleunigen. — Es ist zuerst zu bemerken, daß Dr. Strousberg noch niemals auch einen einzigen Arbeiter nach Rumänien geschickt hat und wahrscheinlich auch nie schicken wird, daß vielmehr sämtliche Arbeiten in großen Posten an verschiedene Unternehmer vergeben sind, welche letzteren die fertige Arbeit abliefern und bezahlt erhalten, denen aber die Beschaffung der Arbeitskräfte vollkommen überlassen bleibt. Es ist dies Verfahren selbst bei Bauausführungen von mäßiger Ausdehnung zu allgemein verbreitet und bekannt, als daß es mehr als diefe Andeutung bedürfte. In dieser erwähnten Form hatte die Firma Kehler in Greifswald die Ausführung der Monatage und Aufstellung der eisernen Brücken übernommen, und zum Beginn dieser Arbeiten am 1. Juli vorläufig 120 Eisenarbeiter nach Rumänien geschickt, welche also zu Dr. Strousberg in gar keinem kontraktlichen Verhältnis stehen. Unter diesen Leuten brachen bald nach ihrer Ankunft in Galatz Streitigkeiten aus, weil sie sich in ihren Kompetenzen von ihrem Arbeitgeber Regieren geschädigt glaubten, und es wurde von ihnen in der bei uns üblichen Weise Theilweise die Arbeit eingestellt. Da jedoch hierbei Tumulte entstanden, welche schließlich bis zur persönlichen Bedrohung des Unternehmers Kehler und bis zur thälichen Misshandlung von Arbeitern, welche weiter arbeiten, führten, requirierte Kehler durch den dortigen norddeutschen Konsul die Polizei, welche mehrere der Rädelsführer festsetzte. Von letzteren wurden schließlich auf dem Wege der Konsulargerichtsbarkeit 3 Männer zu einer kurzen Haft verurtheilt und demnächst des Landes verwiesen. Außerdem fühlte sich Kehler veranlaßt, noch 16 Mann zu entlassen, denen von der Dr. Strousberg'schen Bauverwaltung Geld zur Rückreise gezahlt wurde, ohne daß hier

land spedit worden. Diese Masseneinkäufe haben bereits ein recht bedeutendes Steigen der Preise zur Folge gehabt.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. jur. Wasner in Posen.

### Terminkalender für Konkurse und Subhastationen

#### B. Subhastationen. (Schluß.)

Der Termin steht an:	Des zu subhastieren den Grundstücks				
am	bei dem Gericht	Besitzer.	Lage und Nr.	Grundsteuer	Gebauðsteuer
				Thaler.	Rub.
23. Posen	Kempen	Bartoszewski	Wyssotomo 20	43	6
	Kempen	Bloch	Cacilenthal 10	7	600
	Meseritz	Kaczmarek	Glowo 43		1630
	Rogasen	Belasko	Wassermühlengut Ro- manowo 10		80812
	Garnikau	Reichenberg	Milotow 1	418	22
do.		Wylegalla Chel.	Garnitau 57	2	36
24. Grätz	Moy	:	Sdroj 12	21	25
	Kempen	Wehr	Punkt Schildberg 16	7	540
	Samter	Kube	Wassermühlengrundstück		
	Schwerin	Orlowski	Grabowec		73528
	Bromberg	Schulze	Treibisch 31	64	—
do.		Hedmann	Bromberg, Welpinpl. 3	18140	
		Echeleute	Schleinigstr. 18	1262	
		Niederschlesien	Niederschlesien 8	3206	
		Wittke	Cislowo 4	5000	
	Garnikau	Czerniawski	Milotow 24	63	25
do.		Rosenthal	Ramionka 35	30	12
		Stengel	Gnesen 541	2	34
	Gnesen	Biernat	292	7	3034
do.		Drzezewski	Kol. Chelmno 11	700	
	Inowraclaw	Bawlowksi	Friedrichshof 24	25	15
	Bohdans	Hedmann	Neu-Urbano 22	17	15
25. Grätz	Klenke	:	Goray 8	47	35
27. Birnbaum	Eilers		Rahme 148		105
do.		Mizgajski	Krotoszyn 178	7	574
		Włodzimierz Chel.	Kuchten 11	18	30
		Wojciechowski	Janowice 76		70
28. Birnbaum	Gebhard	Wittke	Ali-Batum 26	95	25
			Neutomysl 29		45
			Unruhstadt 202		33
			Otorowo 14	7	962
			Bromberg, Bohmhsstr. 23	12652	
			Schulz, Schlosshau 31	1925	
			Polnisch-Kruschin 1	71	25
			Watolsan 16	21	15
			Gierachowo 1	77	35
			Neutritschtegel 27		26
			Bogdaj 54	10	15
			Watensau 42	7	1112
			Kroftzyn 213		25
			Dombrowo-Hauland 4	12	25
			Brusnowo 10	7	2236
			Stieglitz 77	21	32
			Schubin 196		37
			Giermanow-Hauland 6	32	20
			Boleslawice 1	7	827
			Kunica myslisiewska 39		743
			Ostrowo 191	7	14320
			Rosztyn 14	38	20
			Bromb., Kujawskierstr. 34	7	813

### Bekanntmachung.

Mit Rücksicht auf die theils in der Stadt Rydzow, Kreis Olsztyn, selbst, theils in der Umgegend derselben herrschenden ansteckenden Viehkrankheiten ( Maul- und Klauenseuche und Milzbrand) wird der in der gedachten Stadt am 30. d. M. anstehende Jahrmarkt (und zwar sowohl der **Kram** als auch der **Viehmarkt**) hierdurch aufgehoben.

Posen, den 20. September 1869.

Der Ober-Präsident  
gez. Graf von Königsmarck.



### Bekanntmachung.

Die nachfolgenden, in der Werkstatt der Stargard-Posener Eisenbahn in Stargard i. Pommern angesammelten Metallabgänge ic.: Altes Guß- und Schmelzeisen, Eisen, Bunt- und Messingblech, Eiserner Drehspähne, Radreifen,

Alte eisern und stählerne Randbandagen, Diverse alter Stahl,

Alte Walzwolle,

Alter Gummi,

Hanschläuche,

Alte Sperrdräder,

Schrauben,

sollen in dem

am Montag den 4. Okt. d. J.,  
Vormittags 10 Uhr,

vor dem Unterzeichneten hier selbst anstehendem  
Termin im Wege öffentlicher Submission an  
den Meistbietenden verkauft werden.

Die Verkaufsbedingungen, sowie Formulare  
für Abgabe der Gebote, sind auf portofreie Anträge in meinm., sowie im Bureau des lgl. Ober-Maschinenmeisters der Oberschlesischen Eisenbahn in Breslau zu beziehen. Zu den Offerten darf nur das vorerwähnte Formular benutzt werden.

Die zum Verkauf gestellten Gegenstände können vor dem Termin angesehen werden.

Offerten, welche den Verkaufsbedingungen nicht entsprechen, oder welche nicht durch vorher deponierte Belohnungs-Kaution gesichert sind, bleiben unberücksichtigt.

Stargard, den 15. September 1869.

Der Maschinenmeister.

(gez.) Kielhorn.

### Bekanntmachung.

Zur Wahl der Abgeordneten und Stellvertreter für die Vertheilung der Gewerbesteuer pro 1870 in den Gewerbesteuer-Gesellschaften der in den Klassen A. II., C., D. und E. Besteueren, werden

1) die Handelsbetreibenden der Klasse A. II. auf  
Donnerstag den 30. September c., Nachmittags 3 Uhr,

2) die Gast- und Schankwirthe auf  
Donnerstag den 30. September c., Nachmittags 5 Uhr,

3) die Bäcker auf  
Montag den 4. Oktober c., Nachmittags 3 Uhr,

4) die Fleischer auf  
Montag den 4. Oktober c., Nachmittags 4 Uhr,

vor unseren Deputirten, Herrn Stadtrath Herse, in den Rathaussaal mit dem Größen eingeladen, daß die Erheinenden ohne Rücksicht auf ihre Zahl zum Wahlgeschäft zugelassen werden, wenn aber Niemand erscheinen sollte, die Wahl von uns selbst geschehen wird.

Eine besondere Vorladung der einzelnen Gewerbsgenossen erfolgt nicht.

Posen, den 11. September 1869.

### Der Magistrat.

### Bekanntmachung.

Der Moritz Rosenbergsche Konkurs ist durch Ausschüttung der Masse beendet.

Wongrowiec, den 15. September 1869.

Königliches Kreisgericht.

I. Abtheilung.

### Bekanntmachung.

Der über das Vermögen des Kaufmanns Nathan Karminski zu Pleschen eröffnete Kaufmännische Konkurs ist durch Beschluss vom 16. September 1869 wieder aufgehoben worden.

Pleschen, den 16. September 1869.

Königliches Kreisgericht.

I. Abtheilung.

### Angekommene Fremde vom 21. Septbr.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN. Die Rittergutsbesitzer Nicaeus aus Wilkau, Windell aus Groćin, Rosin aus Gowarzewo, Frau Treppmacher aus Wulke, Hauptmann Gräff und die Lieutenant Leibbrand und v. Winterheim aus Gniezen, Geh. Reg. Rath. Schwedler und Baudirektor Korn aus Berlin, die Kaufleute Steinke aus Dresden, Dewald aus Döbeln, Rosenberg und Hofkammerrath v. Lenkly aus Berlin.

HERWIG'S HOTEL DE ROME. Die Rittergutsbesitzer Gräfin Tyzkiwicz aus Siedlec, v. Delhaes und Frau aus Borowic, v. Platen aus Miechow, Nauvel mit Familie aus Wierzeja, Rittergutsbesitzer v. Winterfeld und Tochter aus Mür-Goslin, Hauptmann v. Arnim aus Neiße, Schauspieler Wiener und Frau aus Elberfeld, die kgl. Baumeister v. Seydlitz aus Neutomysl, Schwedler aus Frankfurt a. O., Starke aus Schwedt, Maahen und Stubbe aus Berlin, die Bauunternehmer Rauschnung aus Büt, Rauschnung aus Neutomysl, Winkler und Röller, Oberingenieur Siemien und die Ingenieure Lachke und Fürstenberg aus Berlin, Colonel Lennon aus Großbritannien, die Kaufleute Frau Hahn aus Berlin und Frau v. Klixing und Sohn aus Warmbrunn.

SEELIG'S GASTHOF ZUR STADT LEIPZIG. Wirthschaftsbeamter Marquardt aus Strzelno, die Dekonomen Mischke aus Grätz und Vandelli aus Breslau, Kaufmann Kubaczewski aus Glogau, der Geometer Schulze aus Schwedt und Schmidt und Sekretär Oppermann aus Büt, Techniker Heinrich aus Bromberg, Hauslehrer Szajkowski aus Tarnowko.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Frau v. Bieganska und Sam, aus Lukow, die Rittergutsbesitzer v. Karczewski aus Lubasz und v. Muttulowitz und Doktor v. Muttulowski aus Rottin.

SCHWARZ ADLER. Gutsbesitzer v. Manikowski aus Bagorek, Rentier Ritas aus Brzeszna.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Premierlieutenant v. Dallwitz aus Rögen, l. Polizeifommissar Kosub aus Breslau, Kreisgerichtssekretär Bromm aus Breslau, Kaufmann Diekmann aus Bromberg, Kreisrichter Episki aus Samter, Bürgermeister Dombrowski aus Breslau.

HOTEL DE BERLIN. Die Rittergutsbesitzer v. Lubenski aus Wapienno, Heideroth aus Piaseczno und Buse aus Chlewisko, Baumeister Grossmann nebst Frau aus Gniezen, Probst Bolewski, Bürgermeister Albert und Apotheker Duhme aus Wongrowicz, die Kaufleute Hinster aus Görlitz und Bielstop aus Hamburg.

Wongrowiec, 17. Sept. Hatte seiner Zeit das schändliche Verfahren gegen die Juden in Rumänien, das sich bis „zum in die Donau versen“ verstieß, die ganze zivilisierte Welt in Aufregung gebracht, so muß es von der „Ostdeutschen Zeitung“ befremdet, sie in vorgesterer Nummer in einer Weise gegen die zum Schutz der dortigen Juden sich gebildeten Komitees polemisierte zu sehen, als ginge dieselbe von fanatischen Turken aus.

Das Komitee verlangt, wie die „Ost. Big.“ schreibt, fortwährend das Einschreiten der Großmächte zu Gunsten derselben, so auch jetzt wieder bezüglich der rumänischen Juden, ohne zu bedenken, daß dies eine innere Angelegenheit Rumäniens ist, in welche die Großmächte durchaus nicht eingreifen darf.

Das Bestehen solcher Vereine braucht nicht, zu den eigentümlichen Erscheinungen zu gehören (wie die „Ost. Big.“ sich ausdrückt), so lange es noch so viel Unmenlichkeit in der Welt giebt, und braucht kaum zu befremden, da doch selbst in London ein deutscher Reichsschuhverein existirt. Die „Alliance Israélite“ ist bisher mit dem besten Erfolg für Genugthuung der gegen Juden in unzivilisierten Staaten begangener Gewaltthäufigkeiten, wo die lahme Hoffnung sich nur regt, wenn sie nachdrücklich durch die betreffenden Großmächte zum Schutz ihrer Untertanen antritt wird, eingetreten. Auch in der rumänischen Angelegenheit hat sie die Intervention der österreichischen und französischen Regierung in allen Fällen angeregt, wo Vergeltungen gegen ihre Untertanen vorkamen. Leider konnte die „Alliance Israélite“ in ihren edlen Bestrebungen hier kein wünschenswertes Resultat ergreifen. Die Antworten Bratislavas und Colognies stellten entweder den Sachverhalt in Abrede oder bestritten, wie die „Ost. Big.“, die Kompetenz der Macht zur Intervention und schilderten die Juden als ein schmugeliges, rohes, blutsaugendes Volk, das nicht arbeiten will und diese Behandlungsweise verdiente u. s. w., ganz nach den Prämissen der „Ost. Big.“, wenn sie sagt: Wenn das Komitee ihren Glaubensgenossen wirklich nützen will, so möge es sie mit Geld unterstützen, da-

mit sie sich mehr dem Uderbau und sonstigen bürgerlichen Gewerben zuwenden können; das ist die einzige wirkliche Hilfe für die Juden. Wer die Leidensgeschichte der Juden kennt (und diese sollte der Redaktion der „Ost. Big.“ nicht ganz unbekannt sein), wird die Ironie derartiger Vorwürfe und Katholikate erkennen. Wenn den Juden jeder Schritt nach Vorwürfe hemmt wird, verachtet man sie, daß sie zurückbleiben, wenn ihnen der Grundbesitz verwehrt, sogar Städte das Monopol haben, sie nicht aufzunehmen, ihr Erwerbszweig aufs Neukerfe beschränkt wird, nennt man sie, wenn sie zu dem wenigen Erlaubten greifen, Wucherer, Blutsauger und Schächerer. In keinem Staate sind die Juden hinter der Kultur zurückgeblieben, und wenn im neunzehnten Jahrhundert Judenhäfen, Plünderungen, Gewerbeentzehrungen unter dem Schutz des Staates an der Tagesordnung sind, ist die Kultur vorerst dem Staate selbst zu empfehlen. Wenn die „Ost. Big.“ vielleicht ein besonderes Interesse hat, den Schein eines judentümlichen Blattes zu meiden, so dürfte sie doch nicht zu solchen Extremen greifen.

J. Siegel.

sofort, ohne alle Schwierigkeit, dauerhaft blond, braun und echt schwarz zu färben durch die neue Erfindung **Extrait Japonais**, genannt **Melanogene**, von **Hutter & Co.** in Berlin, Depot bei **Herrn. Moegelin** in Posen, Bergstraße 9, in Rariens à 1 Thlr. für den Erfolg garantirt die Fabrik.

### Bekanntmachung.

Meine Landwirtschaft, welche 130 Morgen Areal und gute Gebäude hat, bin ich Willens, sofort aus freier Hand zu verkaufen. Kauflebhaber wollen sich freimachen an mich wenden.

Galejewo-Kolonie, 5. Sept. 1869.  
A. Zehner.

### Lebensversicherungsbank f. D. in Gotha.

Nachdem unser bisheriger Vertreter Herr Herrm. Bielefeld in Posen die von ihm verwaltete Haupt-Agentur unserer Bank daselbst niederlegen zu wollen erklärt hat und dieselbe mit dem ersten Oktober d. J. an, auf Herrn Rudolph Rabsilber daselbst übergeht, so bringen wir solches hierdurch mit dem Bemerkung zur öffentlichen Kenntnis, daß die bis Ende September fälligen Prämien noch an Herrn Herrm. Bielefeld gegen die vorschriftsmäßigen Bank-Duitungen zu entrichten sind.

Gotha, am 16. September 1869.

### Das Bureau der Lebensversicherungsbank.

Unter Bezugnahme auf vorstehende Bekanntmachung empfehle ich mich den zur hiesigen Agentur gehörigen Versicherten zur Vermittelung ihrer Angelegenheiten mit der Bank und lade zu weiterer Theilnahme an denselben ein. In Folge ununterbrochen lebendigen Zuganges ist

die Versicherungssumme auf 63,400,000 Thlr.

der Bankfonds auf 15,800,000 gestiegen.

Dividende der Versicherten im Jahre 1869 39 Prozent.

### Der Haupt-Agent Rudolph Rabsilber in Posen.

Posener Real-Kredit-Bank A. Nitykowski & Co.

### Außerordentliche General-Versammlung

Donnerstag den 21. Oktober 1869,

Nachmittags 4 Uhr, im Stern's Hôtel zu Posen.

#### Tages-Ordnung:

1) Beschlussfassung über den in der General-Versammlung vom 28. Juli 1869 durch motivierte Tagesordnung suspendirten Antrag auf Auflösung der Gesellschaft und Kündigung der persönlich haftenden Gesellschafter.

2) Antrag einer großen Anzahl von Aktionären:

a) Alle Anträge auf Auflösung und zur Besetzung der Posener Real-Kredit-Bank werden zurückgewiesen;

b) der Aufsichtsrath und die persönlich haftenden Gesellschafter werden in Folge des Beschlusses der Generalversammlung vom 25. Juni 1868 beauftragt, die § 56 der Statuten vorgesehene Umwandlung in eine Aktiengesellschaft (Art. 207 d. allg. D. G. Ges. B.) und die Begründung der Letzteren nach Maßgabe des Statutes vom 22. Juni 1869 schließen, zu bewirken, daß Aktienkapital Namens der Bank zu zeichnen resp. zeichnen zu lassen und alles dazugehörige zu thun, was zur Errichtung der vorgedachten Zwecke erforderlich erscheint, oder von der königl. Staatsregierung verlangt werden möchte.

Wer an dieser Generalversammlung aus eigenem Stimmrecht oder als Bevollmächtigter teilnehmen will, hat gemäß § 52 der Statuten die ihn legitimirenden Akten und resp. Vollmachten spätestens am 20. Oktober c., bis Abends 6 Uhr, im Comptoir der Bank, oder

bei Herrn Ernst Theodor Bänsch in Lissa,

bei Herrn C. G. Baum in Rawicz,

bei Herrn Levy Cohn in Kratoschin,

bei Herrn Simon Spiro in Ostrowo

zu deponieren und erhält dagegen eine Legitimation zum Eintritt und zur Abstimmung in der General-Versammlung.

Die Ausbleibenden sind an die Entscheidung der Erschienenen gebunden.

Posen, den 20. September 1869.

Kennemann. Bertheim. Nitykowski.



### Auktion.

Auf ausdrückliches Verlangen vieler der Herren Besther findet den 7. Oktober d. J. Vormittags von 10 Uhr ab, im Blennowischen Circus, Kleine Ritterstraße, ein Verkauf unter Garantie der besten Gesundheit und des Vollblutes, durch die Firma H. C. Salomons, Importeur englischen Viehes aus Güsten bei Bernburg statt, von

50 Stück Mutterschafen, Southdown, 12 Böcken, Southdown und Shropshirdown,

12 Ebern und Schweinen, große, weiße, Yorkshire,

8 Dierkeln derselben Herde.

Sämtliche Exemplare sind direkt von England aus den besten Heerden nach Altona zur Zeit der Ausstellung gebracht, von wo aus sie zum Verkauf gestellt werden.

Außerdem kommen zum Verkauf

6 Bullen { Holländer und Oldenburger Race.

12 Kühe {

Drei Tage vor der Auktion können die zum Verkauf gestellten Exemplare besichtigt werden.

Rychlewski, königlicher Auktions-Kommissarius.

### Garten- und Parkanlagen

nach den neuesten Designen werden schnell und reell ausgeführt, alles Nötige geliefert, Zeichnungen zu Gewächshäusern, Verandas ic. angefertigt von C. Pavel, Kunst- und Landschaftsgärtner, Ehren-, korrespondirendes und wichtiges Mitglied mehrerer Gartenbaugesellschaften u. s. w. Breslau, Mehlgrasse Nr. 16.

### Moritz Milch Fabrik in Jerzyce

bei Posen

offerirt unter Garantie nachstehenden Gehalts seine unter Kontrolle der agrar-kultur-chemischen Versuchsstation in Kuschen bei Schmiegel stehenden Fabrikate, insbesondere:

	Stickstoff	Phosphorsäure
1) Staubfeines gedämpftes Knochenmehl	4—4½%	21—22%
2) Knochenmehl mit 40% Peru-Guano	5½—6½%	16—17%
3) Echten Peru-Guano, roh	12%	12%
4) Echten Peru-Guano, gemahlen	12%	12%

### Der Bock-Verkauf

aus meiner Stamm-Schäferei in Trienke von 70 St.

1½-jährigen Böcken beginnt vom 1. Oktober d. J. an, die Böcke sind aus der alten Weidentiner-Mutterherde und von Woldebuscher Bätern gezogen, zeichnen sich durch edle Massen und schöne Figuren aus und sind im vorigen Herbst geimpft.

Trienke bei Colberg in Pommern, 8. September 1869.

### P. Mengel.

#### Bock-Verkauf.

In meiner Merino-Kammwoll-Schäferei beginnt jetzt der Verkauf von 1½ Jahr alten Böcken zu festen, billigen Preisen.

Kantorowicz, bei Wohl, Bahnhofstation Siergno u. Kruszwica, Kreis Inowrocław

### Hinsch.

#### Bock-Verkauf.

In meinen Merino-Kammwoll-Schäferei beginnt jetzt der Verkauf von 1½ Jahr alten Böcken zu festen, billigen Preisen.

Kantorowicz, bei Wohl, Bahnhofstation Siergno u. Kruszwica, Kreis Inowrocław

### Bunte und weiße Waschgardinen

verkauft à 3½ Sgr. berl. Elle

Nathan Wolfsohn,

Markt- und Breitestrassen-Ede.

Buckskins,  
Jaquett- und  
Paleot-Stoffe,  
Westen,  
Slippe,  
Cachenez ic.  
Reisedecken,  
Reiseplaids,  
Schlaedecken,  
Steppdecken,  
Regenröcke.

Reichhaltigste Auswahl.  
Billigste Preise.

Posen, Markt 63.

### Robert Schmidt

(vormals Anton Schmidt).

In Planellen, Fransen in allen Breiten, u. Farben, Bargents, Wallis, Chiffons, Shirtings ic. ic. bin ich vom Gelegenheitskaufe begünstigt worden, und erlaube mir, hierauf meine geehrten Abnehmer aufmerksam zu machen.

Nathan Wolfsohn,

Markt- und Breitestrassen-Ede.

#### Bock-Verkauf.

In meiner Merino-Kammwoll-Schäferei beginnt jetzt der Verkauf von 1½ Jahr alten Böcken zu festen, billigen Preisen.

Kantorowicz, bei Wohl, Bahnhofstation Siergno u. Kruszwica, Kreis Inowrocław

### Hinsch.

#### Bock-Verkauf.

In meinen Merino-Kammwoll-Schäferei beginnt jetzt der Verkauf von 1½ Jahr alten Böcken zu festen, billigen Preisen.

Kantorowicz, bei Wohl, Bahnhofstation Siergno u. Kruszwica, Kreis Inowrocław

### Hinsch.

#### Bock-Verkauf.

In meinen Merino-Kammwoll-Schäferei beginnt jetzt der Verkauf von 1½ Jahr alten Böcken zu festen, billigen Preisen.

Kantorowicz, bei Wohl, Bahnhofstation Siergno u. Kruszwica, Kreis Inowrocław

### Hinsch.

#### Bock-Verkauf.

In meinen Merino-Kammwoll-Schäferei beginnt jetzt der Verkauf von 1½ Jahr alten Böcken zu festen, billigen Preisen.

Kantorowicz, bei Wohl, Bahnhofstation Siergno u. Kruszwica, Kreis Inowrocław

### Hinsch.

#### Bock-Verkauf.

In meinen Merino-Kammwoll-Schäferei beginnt jetzt der Verkauf von 1½ Jahr alten Böcken zu festen, billigen Preisen.

Kantorowicz, bei Wohl, Bahnhofstation Siergno u. Kruszwica, Kreis Inowrocław

### Hinsch.

#### Bock-Verkauf.

In meinen Merino-Kammwoll-Schäferei beginnt jetzt der Verkauf von 1½ Jahr alten Böcken zu festen, billigen Preisen.

Kantorowicz, bei Wohl, Bahnhofstation Siergno u. Kruszwica, Kreis Inowrocław

### Hinsch.

#### Bock-Verkauf.

In meinen Merino-Kammwoll-Schäferei beginnt jetzt der Verkauf von 1½ Jahr alten Böcken zu festen, billigen Preisen.

Kantorowicz, bei Wohl, Bahnhofstation Siergno u. Kruszwica, Kreis Inowrocław

### Hinsch.

#### Bock-Verkauf.

In meinen Merino-Kammwoll-Schäferei beginnt jetzt der Verkauf von 1½ Jahr alten Böcken zu festen, billigen Preisen.

Kantorowicz, bei Wohl, Bahnhofstation Siergno u. Kruszwica, Kreis Inowrocław

### Hinsch.

#### Bock-Verkauf.

In meinen Merino-Kammwoll-Schäferei beginnt jetzt der Verkauf von 1½ Jahr alten Böcken zu festen, billigen Preisen.

Kantorowicz, bei Wohl, Bahnhofstation Siergno u. Kruszwica, Kreis Inowrocław

### Hinsch.

#### Bock-Verkauf.

In meinen Merino-Kammwoll-Schäferei beginnt jetzt der Verkauf von 1½ Jahr alten Böcken zu festen, billigen Preisen.

Kantorowicz, bei Wohl, Bahnhofstation Siergno u. Kruszwica, Kreis Inowrocław

### Hinsch.

#### Bock-Verkauf.

In meinen Merino-Kammwoll-Schäferei beginnt jetzt der Verkauf von 1½ Jahr alten Böcken zu festen, billigen Preisen.

Kantorowicz, bei Wohl, Bahnhofstation Siergno u. Kruszwica, Kreis Inowrocław

### Hinsch.

#### Bock-Verkauf.

In meinen Merino-Kammwoll-Schäferei beginnt jetzt der Verkauf von 1½ Jahr alten Böcken zu festen, billigen Preisen.

Kantorowicz, bei Wohl, Bahnhofstation Siergno u. Kruszwica, Kreis Inowrocław

### Hinsch.

#### Bock-Verkauf.

In meinen Merino-Kammwoll-Schäferei beginnt jetzt der Verkauf von 1½ Jahr alten Böcken zu festen, billigen Preisen.

Kantorowicz, bei Wohl, Bahnhofstation Siergno u. Kruszwica, Kreis Inowrocław

### Hinsch.

#### Bock-Verkauf.

In meinen Merino-Kammwoll-Schäferei beginnt jetzt der Verkauf von 1½ Jahr alten Böcken zu festen, billigen Preisen.

Kantorowicz, bei Wohl, Bahnhofstation S

# Feinsten Maschinen-Würfelzucker empfiehlt zu den billigsten Preisen

**A. Cichowicz.**

Die erste Sendung Braunschweiger Trüffel-Leberwurst, frische fette Kieler Speckbündlinge, große Elb. Neunungen, Charlottenburger Cervelatwurst und Teltower Rübchen empfiehlt

**Jacob Appel,**

Wilhelmsstraße 9.

Fische  
Donnerstag und Sonnabend Abend bei  
**M. Briske** 1. We.

**Von süßen ungarischen Kur-Weintrauben erhalten tägliche Zusendungen in Originalkörbchen, zum Versand sich eignend, welche zu den billigsten Preisen abblasse.**

**A. Cichowicz.**

Stets blüht das Glück b. Basch.  
**Prz. Loose**  $\frac{1}{2}$  vers. S. Basch.  
Berlin, Gertraudenstr. 4.

Dampfschiffahrt.

**Stettin-Søvenhagen:**  
Dampfer „Stolp“, Kapi. G. Siemke.  
Abfahrt von Stettin jeden Sonnabend Mittags.  
Passagierpreis: Kajütplatz 4 Thlr., Deckplatz  
2 Thlr.

**Rud. Christ. Gribel** in Stettin.

Markt u. Breslauerstr.-Ecke 60 ist der **Warschauer'sche Laden** (seit 20 Jahren Herren-Garderobe-Geschäft) vom 1. Oktober zu verm. Näheres St. Martin 9, 2 Dr.

**Alten Markt- und Neustraßen:**  
Ecke 70 in 1. Parterre- und im 1. Stock 2 Geschäftsräume aus, od. getheilt (auch bewohnb.), im 2. St. 3 Stuben nebst Küche soz. zu verm.  
Zwei möbl. Zimmer sind St. Adalbert Nr. 1, im 1. Stock, v. 1. Okt. c. zu verm.  
**Al. Gerberstr.** 9 möbl. 3. billig zu verm.

**Friedrichstr.** 22, 1. Etage, 2 Zimmer, mit auch ohne Stellung zu verm. Näheres bei **Benes.** Markt u. Schulstr.-Ecke 68.

2 Zimmer Graven 7, 1. Stock, sind zu verm. Nähe b. Eigentümern.

Auf St. Martin 4 ist im ersten Stock eine Wohnung zu vermieten, bestehend aus 4 Säimen, 1 Küche 1 Keller, 1 Bodenkammer, gemeinschaftlichem Waschkeller und Dachboden mit Wasserleitung und Flur-Gasbeleuchtung.

Markt 60 ist vom 1. Okt. ein Geschäftskeller zu verm. Näheres St. Martin 9, 2 Dr.

**Wilhelmsplatz 12**  
find ein Laden und ein großes zweiflüchtiges Zimmer nebst Kabinett sofort oder zum 1. Oktober c. zu vermieten.

Eine möblierte Stube für 1 oder 2 Herren ist sofort oder vom 1. Okt. ab billig zu vermieten Kleine Ritterstr. 7, 2 Treppen hoch.

Lindenstr. 4 b. sind im 2. Stock vom 1. Oktober ab 2. Zimmer ohne Möbel zu verm.

**Börsen-Telegramme.**

Berlin, den 21. Septbr. 1869. (Wolfsz. teleg. Bureau.)

	Not. v. 10	v. 18	Not. v. 20	v. 18
Roggen, befestigend.				
Herbst . . . . .	49 $\frac{1}{2}$	50 $\frac{1}{2}$	50	
Okt.-Nov. . . . .	49 $\frac{1}{2}$	49 $\frac{1}{2}$	49 $\frac{1}{2}$	
Frühjahr . . . . .	48 $\frac{1}{2}$	49 $\frac{1}{2}$	49 $\frac{1}{2}$	
Kanalliste:				
667 Wippe.				
Abbd., matt.				
Herbst . . . . .	12 $\frac{1}{2}$	12 $\frac{1}{2}$	12 $\frac{1}{2}$	
Frühjahr . . . . .	12 $\frac{1}{2}$	12 $\frac{1}{2}$	12 $\frac{1}{2}$	
Spiritus, flau.				
Herbst . . . . .	16	16 $\frac{1}{2}$	16 $\frac{1}{2}$	
Okt.-Nov. . . . .	15 $\frac{1}{2}$	15 $\frac{1}{2}$	15 $\frac{1}{2}$	
Frühjahr . . . . .	15 $\frac{1}{2}$	15 $\frac{1}{2}$	15 $\frac{1}{2}$	
Kanalliste:				
20,000 Quart.				

**Ein Lehrling,**  
der polnischen Sprache mächtig, findet sofort Stellung bei

**Max Heymann,**  
vorm. Z. Zadek & Co.,  
5 Neuerstrasse 5.

Gesell, schön.

Hermann Hoegelin, Bergstr. 9.

Gesell, schön.

Hermann Hoegelin, Berg

